

IA1 Für ein europäisches Förderwerk zur Stärkung europäischen Engagements

Antragsteller*in: David Hutzler (LAG Programmatik JEF BW)

Antragstext

1 Die EU lebt von dem zivilgesellschaftlichen Engagement ihrer Bürger:innen.
2 Jedoch sehen wir zwei Probleme: Einerseits gibt es wenige Anreize und wenig
3 Unterstützung, wenn sich junge Menschen für Europa einsetzen. Andererseits ist
4 es gerade in strukturschwachen Ländern schwierig, überhaupt aktiv zu werden, da
5 häufig Mittel fehlen, um sein Engagement zu finanzieren.

6 Wir sehen in der Struktur der Förderwerke eine Lösung für dieses Problem. In
7 Deutschland sowie teilweise in Österreich gibt es bereits etablierte Strukturen
8 (wie z.B. das Stipendium der Studienstiftung des deutschen Volkes, parteinahe
9 Stiftungen sowie Stiftungen privater Träger). Hier liegt der Fokus jedoch
10 stärker auf der Elitenförderung. Wir möchten diese Herangehensweise nutzen,
11 jedoch auf EU-Ebene heben und zur gezielten und sozial gerechten Unterstützung
12 europäischen Engagements nutzen.

13 Ziel des Förderwerks ist es, Bürger:innen zu fördern, die sich für Europa
14 engagieren und damit zur Völkerverständigung beitragen. Damit meinen wir vor
15 allem junge Menschen in ihrer Ausbildung oder im Studium. Die Förderung soll
16 sowohl aus einer finanziellen als auch einer ideellen Komponente bestehen. Die
17 finanzielle Förderung hilft dabei, den Fokus auf die Weiterbildung und das
18 Engagement zu lenken und stellt einen ersten Anreiz dar. Die ideelle Förderung
19 ermöglicht es weiter, dass man sich mit anderen jungen Menschen in ganz Europa
20 vernetzen und sich selbst europäisch weiterbilden kann. Die Förderung soll dabei
21 explizit keine Elitenförderung sein und quotenbasiert alle Länder der EU
22 abdecken, um gerade Menschen aus strukturschwächeren Ländern zu helfen.

23 **Daher fordern wir die Errichtung eines europäischen Förderwerkes für besonderes**
24 **proeuropäisches Engagement**

25 Auf die Förderung kann man sich jeweils im Heimatland bewerben oder
26 vorgeschlagen werden. Voraussetzung ist ein nachgewiesenes europäisches
27 Engagement. Danach findet, ähnlich dem Stipendium der Studienstiftung des
28 deutschen Volkes, ein zentrales Auswahlverfahren statt. Der Fokus liegt auf dem
29 europäischen Engagement. Leistungen aus dem Studium oder der Ausbildung spielen

30 eine eher untergeordnete Rolle. Zuletzt werden je Land entsprechende Kontingente
31 mit dem Stipendium ausgezeichnet und erhalten daraufhin Förderung. Mit der
32 Annahme des Stipendiums verpflichtet man sich außerdem zur Teilnahme an EU-
33 Vernetzungstreffen sowie weiteren europäischen Engagements in Bezug zu seinem
34 Heimatland. Die Finanzierung ist durch EU- und nationale Mittel verbindlich
35 sicherzustellen. Die Bewerbung des Programms soll an allen qualifizierenden
36 Bildungseinrichtungen (Hochschulen/Universitäten/Ausbildungsstätten)
37 verpflichtend und kosteneffizient umgesetzt werden. Außerdem sollen besondere
38 Mobilitätzuschüsse für Studierende und Auszubildende gewährt werden, die
39 geographisch weit von zentralen EU-Institutionen oder Veranstaltungsorten
40 entfernt leben. Die finanzielle Unterstützung soll einheitlich nach den
41 Ländergruppen entsprechend der Lebenshaltungskosten gestaffelt sein, ähnlich wie
42 bei Erasmus+.

43 Wir sehen in der Förderung europäischen Engagements die Möglichkeit, mehr junge
44 Menschen für Europa zu begeistern und bereits aktive junge Menschen in ihrem
45 Vorhaben zu bestärken. Denn gerade aktive junge Menschen sind die Zukunft
46 Europas.

Begründung

Erfolgt mündlich.

IA2 Bulgarischer und Rumänischer Schengen-Beitritt

Antragsteller*in: Thomas Schuhmacher (LAG Programmatik
JEF BW)

Antragstext

1 Das „grenzenlose Europa“ und die hierbei zugrundeliegende Personenfreizügigkeit
2 werden gerne, als eine der größten Errungenschaften der Europäischen Union
3 bezeichnet. Allerdings steht diese Freiheit nicht allen Menschen in der
4 Europäischen Union in der gleichen Weise zur Verfügung. Für die Menschen in
5 Bulgarien und Rumänien sind Grenzkontrollen weiterhin an der Tagesordnung,
6 *obwohl bereits seit 2012 über den Beitritt Bulgariens und Rumäniens zum*
7 *Schengenraum diskutiert wird, nachdem 2011 der Evaluationsprozess abgeschlossen*
8 *wurde.* Zwar wurden Bulgarien und Rumänien Ende 2023 nach Zustimmung Österreichs
9 erlaubt, im März 2024 in den Schengenraum einzutreten, jedoch nur auf dem See-
10 und Luftweg.

11 *Während diese Entscheidung bei den Bürger:innen der Länder auf Ungunst stößt,*
12 *sind die bestehenden innerstaatlichen Herausforderungen wie beispielsweise*
13 *Korruption, Kriminalität und politische Instabilität nicht zu negieren. Wir*
14 *fordern die EU daher auf, die beiden Staaten in der Bewältigung dieser stärker*
15 *zu unterstützen, damit unsere bulgarischen und rumänischen Mitbürger:innen*
16 *endlich die gleichen Rechte wie andere EU-Bürger:innen erhalten. Dafür muss in*
17 *erster Linie die EU-Korruptionsbekämpfung verstärkt werden, damit die*
18 *Europäische Union Bulgarien und Rumänien effizienter unterstützen kann und wir*
19 *fordern hierzu konkret:*

20 *1. Den bulgarischen und rumänischen vollwertigen Schengenbeitritt oben auf die*
21 *politische EU-Agenda setzen.*

22 *2. Die aus Sicht der Europäischen Staatsanwaltschaft sachgerechten legislativen*
23 *Änderungen an der Errichtungsverordnung, der sog. PIF-Richtlinie und des der*
24 *EUStA vorgegebenen administrativen Rahmens, im Einzelnen auszuführen.*

25
26 *3. Eine deutliche Erhöhung des EUStA-Haushalts auf 150 Millionen Euro (was*
27 *ungefähr eine Verdoppelung des aktuellen Haushalts bedeuten würde), um die*
28 *Schlagkraft der Europäischen Staatsanwalt deutlich zu verbessern. Damit sollen*
29 *unter anderem der Ausbau der zentralen Unterstützungskapazitäten (mehr*
30 *Dienststellen z.B. Finanzanalysten in Luxemburg, delegierte Staatsanwälte in*
31

32 Bulgarien und Rumänien) sowie der verstärkte Einsatz von elektronischen
33 Analysetools finanziert werden. Hierbei ist darauf hinzuweisen, dass allein im
34 Jahr 2023 die Europäische Staatsanwaltschaft Vermögenswerte in Höhe von 1,5
35 Milliarden Euro sichern konnte.

36
37 *4. Die Europäische Kommission muss Bulgarien und Rumänien zu Strukturreformen*
38 *auffordern. Es soll eine höhere Vernetzung von nationalen bulgarischen und*
39 *rumänischen Sicherheitsbehörden (Polizei, Steuerbehörden, Verfassungsschutz,*
40 *Zoll) erreicht werden, damit die operative Arbeit für die Europäische*
Staatsanwaltschaft und für die nationalen Sicherheitsbehörden vereinfacht wird.

41 *5. Der Vorschlag der Kommission "Proposal for a DIRECTIVE OF THE EUROPEAN*
42 *PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL on combating corruption, replacing Council*
43 *Framework Decision 2003/568/JHA and the Convention on the fight against*
44 *corruption involving officials of the European Communities or officials of*
45 *Member States of the European Union and amending Directive (EU) 2017/1371 of the*
46 *European Parliament and of the Council" soll vom Rat und Parlament unterstützt*
47 *und zügig umgesetzt werden. Darin geht es um:*

48 *a) Korruptionsprävention und Aufbau einer Kultur der Integrität*

49 *Sensibilisierung für Korruption durch Informationskampagnen*

50 *Gewährleistung der Rechenschaftspflicht des öffentlichen Sektors nach den*
51 *höchsten Standards, indem die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, wirksame*
52 *Vorschriften über den offenen Zugang zu Informationen von öffentlichem Interesse*
53 *zu erlassen*

54 *b) einen Rechtsakt für alle Korruptionsdelikte und die entsprechenden Sanktionen*

55 *Harmonisierung der Definitionen von Straftaten*

56 *Verschärfung der strafrechtlichen Sanktionen*

57 *c) Gewährleistung wirksamer Ermittlungen und Strafverfolgung bei Korruption*

58 *Ermittlungsinstrumente:*

59 *Befreiungen oder Vorrechte bei Ermittlungen und Strafverfolgung*

60 *III. Ausweitung des Sanktionsinstrumentariums im Rahmen der GASP auf schwere*
61 *Korruptionsdelikte*

62 *Mit der Erfüllung dieser Reformenvorschläge würde nicht nur ein vollständiger*
63 *bulgarischer Schengenbeitritt wahrscheinlicher, sondern würde auch der*
64 *europaweiten Korruptionsbekämpfung zugutekommen, wovon sämtliche EU-Länder*
65 *profitieren würden.*

Begründung

Wenn die EU-Kommission einen Schengen-Beitritt empfiehlt, passiert das üblicherweise auch. Bulgarien hat den Schengen-Evaluationsprozess erfolgreich abgeschlossen und damit die technischen Voraussetzungen erfüllt, um in den Schengenraum aufgenommen zu werden. Allerdings führte dieser Umstand bisher nicht dazu, dass der bulgarische Schengen-Beitritt vollzogen wurde. Diese Frage mit dem bulgarischen Schengenbeitritt gewinnt an politischer Brisanz, weil sich dadurch manche ost- und südeuropäischen Staaten in einer Art politischen Zweiklassengesellschaft im Bereich der Personenfreizügigkeit sehen. Zwar gilt das Instrument der „differenzierten Integration“ als ein anerkanntes Mittel, um trotz der Vielfalt der EU-Mitgliedsländer eine vertiefte Integration erreichen zu können. Allerdings nur für solche Fälle, in denen es um die Aufnahme von kontroversen neuen Politiken oder Mitgliedern geht. Im vorliegenden Fall geht es aber nicht um ein „neues“ Integrationsfeld, was einige integrationswillige Mitgliedstaaten im Wege der „Verstärkten Zusammenarbeit“ nach Art. 20 EUV erschließen wollen, sondern um ein Projekt der „dauerhaften Verstärkten Zusammenarbeit“. Daher ist es bezeichnend, dass einige bereits teilnehmende EU-Mitgliedstaaten einem integrationswilligen EU-Staat, welcher die formellen Voraussetzungen erfüllt, die Teilnahme verweigern. Zusätzlich formulierte das EU-Mitgliedsland Österreich auch zusätzliche Erfordernisse, welche eine nachträgliche Differenzierung von einer bereits integrierten EU-Politik (Schengen-Aufnahmeverfahren) darstellen. Normalerweise werden Formen der „internen [instrumentellen] Differenzierung“ welche hauptsächlich in Form von festen Übergangszeiten und klar definierten Kriterien auftreten, akzeptiert und nicht mehr hinterher geändert, da dies mit hohen Kosten verbunden ist.

Probleme Bulgariens

Seitdem Bulgarien 2007 der EU beigetreten ist, versucht das Land in den Schengenraum zu kommen. Nachdem Bulgarien der Union beigetreten ist, kam das Land unter das Kontroll- und Verifizierungsmechanismus (CVM), welches den Fortschritt bei der Bekämpfung von Korruption, Justizreform und organisierter Kriminalität evaluieren soll. Dieser Mechanismus besteht bis heute noch formell, allerdings werden seit 2019 keine Fortschrittsberichte mehr veröffentlicht. Das passiert ab 2020 des alljährlichen Berichts über die Rechtstaatlichkeit. Hierbei betonte die EU-Kommission, dass der CVM keinen Zusammenhang zum Schengenbeitritt Bulgariens hat, allerdings sehen das die Mitgliedstaaten der EU anders. Inoffiziell wurde das Instrument in der EU als Bedingung für den Beitritt eines Landes zum Schengen-Raum angesehen. Durch die Einstellung der Fortschrittsberichte hat sich

abgesehen vom Format nichts an der anhaltenden heftigen Kritik geändert. Bulgarien ist laut dem Korruptionswahrnehmungsindex eines der korruptesten Länder innerhalb der EU. Wie dem auch sei, 2011 schloss Bulgarien den Schengenevaluationsprozess ab, was das Land theoretisch berechtigt, Schengen-Mitglied zu werden. Hierbei empfahl die EU-Kommission, dass das EU-Mitglied in den Schengenraum aufgenommen werden sollte. Zwar waren die technischen Voraussetzungen für einen Schengenbeitritt erfüllt, allerdings waren die EU-Mitgliedsländer Deutschland, Frankreich, Niederlande und Finnland wegen grassierender Korruption in Bulgarien gegen einen bulgarischen Schengenbeitritt. Der CVM-Bericht sparte 2011 auch nicht an Kritik am Justizwesen und am Kampf gegen organisierte Kriminalität. Auch Europol warnte in seinem ACTA-Bericht, dass der Schengenbeitritt Bulgariens ein enormes Kriminalitätsrisiko darstellen würde. Gleichwohl kämpft Bulgarien seit Anfang der 2010er Jahren mit politischer Instabilität. 2011 gab es zum Beispiel mehrere Bombenanschläge oder Abhörskandale. Ein anderes Beispiel ist der Fall der Regierungen von Borisov 1 und Oreharski in den Jahren 2013-2014. Die 2015 aufkommende Flüchtlingskrise sorgte dafür, dass der bulgarische Schengenbeitritt jahrelang zum Erliegen gekommen ist und erst wieder 2022 zum Thema wurde, obwohl zum Beispiel im Jahr 2017 der CVM-Bericht Fortschritte der bulgarischen Regierung bescheinigte. Hierbei gilt festzuhalten, dass die niederländische, deutsche und österreichische Regierung den bulgarischen Schengenbeitritt offiziell wegen Korruption, dem mangelnden Kampf gegen das organisierte Verbrechen und mangelhaften Grenzschutz ablehnten. Inoffiziell ist die Erwartung, dass ein Staat dem Schengenraum erst beitreten darf, wenn der CVM erfolgreich abgeschlossen wurde. In den darauffolgenden Jahren folgten in Bulgarien Morde, Politik- und Korruptionsskandale und eine historisch schlechte Wahlbeteiligung bei den Europawahlen. Trotzdem entschied die EU-Kommission im Oktober 2019, dass Bulgarien so große Fortschritte gemacht hat, welche zum Auslaufen des CVM berechtigen. In den Jahren 2021/2022 war Bulgarien für politische Dauerkrisen, Blockade von Nordmazedonien im Kontext der EU-Erweiterung, die starke Verdächtigung einer russischen Infiltration von Politik und Wirtschaft bekannt. Dazu kam noch die niedrigste Impfquote in der gesamten EU bezüglich Corona und die zweithöchste Sterberate hinzu. 2021 wurde nach zwei Übergangsregierungen wieder eine „richtige“ Regierung gewählt, welches allerdings auch nur für 6 Monate Bestand haben sollte. Ferner bewarben sich Kroatien, Bulgarien und Rumänien wieder um den Eintritt in den Schengenraum, was den bulgarischen Schengenbeitritt 2022 wieder auf die politische Agenda hinzufügte. Zwar wurden Ende 2022 Kroatien in den Schengenraum aufgenommen, allerdings wurde Bulgarien wieder abgelehnt. Diese Situation sollte sich gegen Ende 2023 ändern. Die Niederlande gab ihre Opposition zum bulgarischen Schengenbeitritt auf und Österreich weichte sein striktes Veto auf und erlaubte gegen zusätzliche Bedingungen einen teilweisen Schengenbeitritt, obwohl im April 2023 die Bürger Bulgariens zum fünften Mal in 2 Jahren wählen mussten.

IA3 Für eine gemeinsame EU-Gesundheitsunion

Antragsteller*in: Thomas Schuhmacher (LAG Programmatik
JEF BW)

Antragstext

1 Im Zuge der Coronapandemie erließ die Europäische Union (EU) zahlreiche
2 Maßnahmen, um die wirtschaftlichen und gesundheitlichen Implikationen der
3 Coronakrise zu minimieren. Während es der EU gelungen ist, die unvollständige
4 Architektur der Eurozone weiterzuschließen, gab es im Bereich der
5 Gesundheitspolitik weniger Fortschritte. Die EU-Gesundheitspolitik umfasst dabei
6 mehrere Elemente. Für diesen Antrag liegt der Begriff der öffentlichen
7 Gesundheitspolitik der EU von Greer (2014) zugrunde. Dieser gliedert die
8 öffentliche Gesundheitspolitik der EU in drei Bereiche: 1. Die explizite
9 gesundheitsfokussierte Politik, worunter z.B. der öffentliche Gesundheitsschutz
10 zählt, 2. Market-Making und Regulationspolitik und schließlich 3. Fiskalische
11 Governance. Der vorliegende Antrag wird sich nur auf den ersten Aspekt des EU-
12 Gesundheitspolitik fokussieren.

13 Im Bereich der direkten Gesundheitspolitik sind die Kompetenzen der EU weiterhin
14 marginal ausgeprägt. Zu Beginn der Pandemie besaß die Union über Art. 2 IV
15 i.V.m. Art. 4 II k) AEUV und Art. 6 a) AEUV bzw. Art. 168 AEUV im Grundsatz nur
16 eine Unterstützungs- und Koordinationsrolle, was konkret bedeutet, dass die
17 Union z.B. einen Dialog zwischen den Mitgliedstaaten einleiten konnte. Eigene
18 Maßnahmen waren auf Aufklärungs- und Präventionskampagnen sowie Forschung
19 beschränkt. Neben der schwachen Rolle im Gesundheitsbereich besaß die EU
20 ebenfalls eine „schwache Ausstattung“ an Ressourcen im Vergleich zum
21 amerikanischen CDC. Hierbei ist z.B. gemeint, dass der ECDC im Vergleich zum
22 amerikanischen Äquivalent mit einem relativ kleinen Budget von 60 Millionen Euro
23 und nur einem Bruchteil der Mitgliederzahl ausgestattet war.

24 Die Folge: Der Ausbruch von Corona konnte in Europa nicht verhindert bzw.
25 eingedämmt werden. Mehr als eine Millionen Europäer: innen bezahlten dafür mit
26 ihrem Leben. Leider hat sich bei der institutionellen Unvollständigkeit der
27 direkten EU-Gesundheitspolitik seit der Coronakrise grundsätzlich nicht viel
28 geändert. Hierbei vertreten wir das zentrale Argument, dass wir in der gesamten
29 EU einheitliche Mindeststandards (Überwachung, Impfung, Testung, Nachverfolgung
30 etc.) brauchen, um die EU als Ganzes schützen zu können. Daher fordern wir ganz
31 konkret, um die europäische Gesundheitsgovernance zu verbessern:

- 32 1. Wir fordern, dass die Empfehlungen an Mitgliedstaaten bei
33 Gesundheitsnotfällen einen verpflichtenden Charakter bekommen. Durch die im
34 November 2022 verabschiedete Verordnung zu grenzüberschreitenden
35 Gesundheitsgefahren kann die EU Gesundheitsnotfälle erklären und nationale
36 Notfallpläne überprüfen. Die EU kann dann durch die ECDC unverbindliche
37 Empfehlungen aussprechen. Das gleiche gilt für die neuen Aufgaben der EMA. Die
38 Agentur ist jetzt auch für die Überwachung und Bekämpfung von Engpässen bei
39 medizinischen Gütern bei Notfallsituationen zuständig. Leider kann sie nur
40 unverbindliche Empfehlungen aussprechen. Wir fordern hierbei ebenso, dass die
41 EMA Empfehlungen mit einem verpflichteten Charakter erlassen kann.
- 42 2. Wir fordern, dass das Health Crisis Board im Rahmen der HERA gestrichen wird.
43 Die EU-Kommission muss bei diesem Thema unabhängiger von den Mitgliedstaaten
44 werden. Durch das Health Crisis Board kriegen die Mitgliedstaaten eine
45 zusätzliche Einflussmöglichkeit bei der Entscheidungsfindung.
- 46 3. Wir fordern einen schnelleren und umfangreicheren Austausch von Daten. Zwar
47 haben die Mitgliedstaaten durch die Verordnung zu grenzüberschreitenden
48 Gesundheitsgefahren und die Stärkung des Mandats des ECDC mittlerweile
49 Meldepflichten gegenüber dem ECDC, allerdings fehlt in der Verordnung eine
50 Pflicht, dass die Daten schnell übermittelt werden müssen. Diese Daten müssen
51 auch in einer standardisierten Form bei der ECDC ankommen, sonst dauert es zu
52 lange bis der ECDC angemessene Handlungsempfehlungen für die Mitgliedstaaten
53 erstellen kann.
- 54 4. Wir fordern, dass die EU das Gesundheitsprogramm „EU4Health“ sowie den
55 Europäischen Struktur- und Investitionsfond (ESI-Fonds) stärker zusammen denken
56 soll. Die EU sollte identifizieren, welcher Investitionsbedarf im
57 Gesundheitsbereich existiert und die Mitgliedsländer darauf aufmerksam machen.
58 Anschließend sollte die EU bei der Einreichung von Förderanträgen und bei der
59 Verflechtung von verschiedenen Förderinstrumenten unterstützen. Letzteres ist
60 notwendig, da etwa die EU4Health-Projekte wenige bis keine Querbezüge zu dem
61 eben-falls für die öffentliche Gesundheit und Gesundheitsversorgung relevanten
62 Europäischen Struktur- und Investitionsfonds aufweisen.
- 63 5. Die EU muss eine Strategie (Empfehlungen und Investitionsanreize) entwickeln,
64 um die unterschiedliche Qualität der Gesundheitssysteme zwischen den
65 Mitgliedstaaten anzugleichen, ohne dabei den primärrechtlichen Rahmen zu
66 sprengen. Das heißt, die ausgearbeiteten Empfehlungen haben einen
67 unverbindlichen Charakter. Hier gilt der Grundsatz: Die EU ist in der Bekämpfung
68 von Gesundheitsbedrohungen nur so stark wie ihre schwächsten Mitgliedstaaten und
69 Regionen.
- 70 6. Zwar ist eine primärrechtliche Vertragsänderung gerade nicht das wichtigste
71 Problem. Allerdings fordern wir mittelfristig, dass die EU-Gesundheitspolitik

72 auf eine solidere Rechtsgrundlage gestellt wird. Konkret heißt das: Die
73 Gesundheitspolitik muss eine geteilte Kompetenz nach Art. 4 AEUV werden.

Begründung

Die Auswirkungen der Coronapandemie bilden für die EU eine enorme Herausforderung für Politik, Gesellschaft und Wirtschaft. Die Coronakrise führte in Europa zum größten wirtschaftlichen Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg. Ebenso ist der gesundheitspolitische Aspekt hierbei nicht zu vernachlässigen. Bislang sind über 1000000 Europäer: innen an den Folgen der Coronapandemie gestorben. Zu Beginn der Coronapandemie schien die EU in diesem Bereich zu straucheln. Für viele war die anfängliche Rolle der Union in der Coronakrise nicht ersichtlich und so ist es wenig überraschend, dass die Bürger: innen nicht von der EU, sondern von ihren nationalen Regierungen Schutz erwarteten. Daneben war die Anfangsphase der Pandemie von unkoordinierten und unsolidarischen Aktionen der Mitgliedstaaten geprägt, wie beispielsweise Exportstopps für medizinische Schutzgüter oder Grenzschließungen. Eine der Folgen des „chaotischen“ Beginns der Pandemiebewältigung in Europa war u.a. das Ausbleiben von dringend benötigter Hilfe in besonders betroffenen Ländern wie Italien im Februar 2020. Dies wiederum schmälerte das Ansehen der EU beträchtlich und verstärkte das Krisennarrativ der Medien. Die EU reagierte zwar mit der Forderung einer Gesundheitsunion und beschloss sogleich sieben Initiativen, um die Gesundheitsunion voranzutreiben. Fünf Initiativen setzte sie schon um. Hierbei handelt es sich, um die stärkeren Mandate des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA), die neue Behörde HERA, die Verordnung über die neue Verordnung über genzüberschreitende Gesundheitsgefahren und zu guter Letzt das Gesundheitsprogramm „EU4Health“. Die zwei letzten Initiativen sind die Modifikation des Arzneimittelrechts mittels einer Verordnung und einer Richtlinie sowie die Schaffung des Europäischen Gesundheitsdatenraums (EHDS). Allerdings ist eine grundsätzliche Zeitenwende bisher ausgeblieben.

Quelle:

Greer, Scott L. (2014): „The three Faces of European Union Health Policy: Policy, Markets and Austerity“. In: Policy and Society. 33 (1). S.13-24.

Abkürzungsverzeichnis

CDC – Zentrum für Krankheitskontrolle und Prävention

ECDC – Europäisches Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten

EMA – Europäische Arzneimittel-Agentur

IA4 Für eine freie Wissenschaft: Einrichtung öffentlich finanzierter europäischer wissenschaftlicher Journals

Gremium: LA BW
Beschlussdatum: 27.04.2024

Antragstext

1 Das Wissenschaftssystem ist für den Erkenntnisgewinn und den Fortschritt unserer
2 Gesellschaft unentbehrlich. Wissen ist auch gerade für die EU eine wichtige
3 Ressource, weshalb es im Interesse der EU ist, den Erkenntnisgewinn zu fördern.
4 Dies tut sie bereits in einigen Bereichen.

5 Im Wissenschaftssystem sind Journals das zentrale Forum für den Austausch neuer
6 Erkenntnisse. Hier können Wissenschaftler:innen Studien einreichen, welche
7 zumeist von Peers auf ihre Korrektheit geprüft werden, um am Ende veröffentlicht
8 und damit der wissenschaftlichen Community zugänglich gemacht zu werden. Dabei
9 übernehmen Wissenschaftler:innen fast jeden Aspekt dieses Prozesses: Von der
10 Erarbeitung der Studien, dem Review-Prozess bis hin zu Herausgeberfunktionen in
11 Journals. All dies geschieht unentgeltlich.

12 Dieser Prozess ist jedoch auch mit Hürden verbunden, die nichts mit
13 wissenschaftlichen Kontrollfunktionen zu tun haben. Wissenschaftliche Journals
14 sind meist Verlage, die monetäre Interessen verfolgen. Oft müssen
15 Wissenschaftler:innen selbst Geld bezahlen, um bei ihnen publizieren zu dürfen.
16 Sie profitieren auch nicht von den monetären Erfolgen der Publikationen, die
17 ausschließlich den Verlagen selbst zufließen. Dies hindert unserer Auffassung
18 nach die Teilhabe besonders junger Wissenschaftler:innen. Gerade neue Trends wie
19 Open-Access-Journals haben diese Situation zum Teil nochmals verschlechtert, da
20 hier oft horrenden Kosten für die Wissenschaftler:innen übernommen werden müssen.
21 Darüber hinaus müssen auch Universitäten hohe Kosten für Verträge mit Verlagen
22 aufbringen, um Zugang zu wissenschaftlichen Journals zu erhalten. Dies stellt
23 eine weitere Barriere für den Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen dar.
24 Wir fordern daher eine öffentlich finanzierte Alternative.

25 Konkret fordern wir:

- 26 • Die Etablierung eines öffentlichen europäischen Wissenschaftsverlags mit
27 einem Kontrollgremium bestehend aus europäischen Universitäten und
28 Hochschulen. Dieses kann auch auf bereits bestehenden Hochschulverbänden

29 aufbauen. Finanziert wird dieser Verlag durch die EU und nationale
30 öffentliche Gelder.

31 • Die Struktur des Verlags und der darin veröffentlichten Journals soll sich
32 an den verschiedenen Fachbereichen orientieren und damit gezielt bereits
33 etablierten privaten Prestigejournals wie Science oder Nature Konkurrenz
34 machen.

35 • Die Journals sollen primär online publizieren.

36 • Diese Journals sollen den Standards des double-blind Peer-Reviews und den
37 Open Access Vorgaben folgen, wodurch alle publizierten Studien ohne
38 weitere Kosten öffentlich zugänglich sind. Zudem sollen keine Gebühren
39 erhoben werden, um in diesen Journals publizieren zu können.

40 • Die Sprache der veröffentlichten Studien muss auf Englisch erfolgen,
41 jedoch kann eine Fassung in der jeweiligen Landessprache beigelegt werden.
42 Hier muss sichergestellt werden, dass auch diese Fassung auf ihre
43 Korrektheit geprüft werden kann.

44 • Um den Zugang zu dieser Plattform auch jungen Wissenschaftler:innen zu
45 erleichtern, könnte ein gesondertes Journalformat etabliert werden, das
46 unter geringeren Hürden auch die Veröffentlichung von z.B.
47 Abschlussarbeiten erlaubt.

48 Mit diesem Angebot wollen wir den wissenschaftlichen Austausch fördern,
49 Transparenz und Vertrauenswürdigkeit durch eine unabhängige öffentliche
50 Institution schaffen, die Teilhabe am wissenschaftlichen Diskurs insbesondere
51 für junge Menschen ermöglichen und gleichzeitig sicherstellen, dass trotz
52 öffentlicher Förderung keine politische Einflussnahme auf die Wissenschaft
53 erfolgt.

Begründung

Erfolgt mündlich.

IA5 Östliches Mittelmeer: Für eine bessere EU-Türkei-Griechenland Strategie

Gremium: LA BW
Beschlussdatum: 27.04.2024

Antragstext

1 Der Gaskonflikt zwischen der Türkei und dem EU-Mitgliedsland Griechenland,
2 welche die beiden Staaten bzw. die Türkei mit der EU 2020 am Rande eines Krieges
3 brachte, ist zwar aktuell aufgrund der amerikanischen Präsidentschaft von Joe
4 Biden, der Erdbebenpolitik Griechenlands, nach dem großen Erdbeben im Frühjahr
5 2022, und des Ukraine Konflikts eingefroren. Diese Faktoren sind allerdings nicht
6 von permanenter Natur. Um den Konflikt nachhaltig zu lösen und nicht nur
7 einzufrieren und eine weitere Energiequelle für die EU zu sichern, fordern wir:

- 8 • Die EU muss die USA als militärische und politische Führungsmacht im
9 östlichen Mittelmeer ablösen, um Ordnung und Stabilität in die Region zu
10 bringen. Dies könnte dadurch geschehen, dass die großen EU-Staaten ihre
11 militärische Präsenz in der Region verstärken.
- 12 • Die EU muss sich dafür einsetzen, dass die Türkei in das „Eastern
13 Mediterranean Gas Forum“ aufgenommen wird, um Spannungen ab- und Vertrauen
14 aufzubauen. Sollte dies nicht möglich sein, muss die EU einen Trilog mit
15 Griechenland/Südzypem und der Türkei/Nordzypem initiieren, um in einem
16 institutionellen Rahmen über die Wiedervereinigung Zyperns, die Seegrenzen
17 und die Gasverteilung zu sprechen.
- 18 • Die EU muss die Beilegung dieses Konflikts als hohe außenpolitische
19 Priorität einstufen. Hierzu fordern wir die EU auf, ein Grünbuch zur
20 Verbesserung der EU-Türkei-Beziehungen zu erarbeiten. Eine nachhaltige
21 Verbesserung der griechisch-türkischen Beziehungen würde regionale
22 Energieinfrastrukturprojekte ermöglichen, die die europäische
23 Energieversorgung auf eine breitere und kostengünstigere Basis stellen.
- 24 • Aus geostrategischer Sicht muss die EU die Beitrittsverhandlungen mit der
25 Türkei wieder aufnehmen und die jährlichen Zahlungen für die Heranführung
26 der Türkei an den EU-Rechtsrahmen wieder aufnehmen, sofern die Türkei die
27 demokratischen und rechtsstaatlichen Anforderungen erfüllt.

Begründung

In der Vergangenheit wurde das Mittelmeer oft als Geburtsort der Zivilisation beschrieben, während es heute auch als geostrategischer Ort bezeichnet werden kann. Einer der Gründe für diesen Wandel der Wahrnehmung ist die Entdeckung großer Gasmengen im östlichen Mittelmeer (Ägypten) im Jahr 1967. Dies weckte Begehrlichkeiten in Bezug auf die Gasförderung. Ein weiteres Problem bleibt jedoch bestehen. Bis heute gibt es keine Klarheit über die Seegrenzen zwischen der Türkei, Griechenland, Zypern (Nord/Süd), dem Libanon, Israel/Palästina und Syrien. Diese ungelöste Frage hat dazu geführt, dass die potenzielle Infrastruktur zur Gasförderung nicht realisiert werden kann. Hier kommt der jüngste Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland über die Einrichtung von ausschließlichen Wirtschaftszonen ins Spiel, um die Kontrolle über Gasfelder im östlichen Mittelmeer zu erlangen. Es ist wichtig, den Hintergrund des Konflikts zu verstehen, denn die Streitigkeiten zwischen den beiden Ländern sind nicht neu. In Anbetracht der langen konfliktreichen Geschichte (von der griechischen Unabhängigkeit bis zur Krise um die Inseln Imia/Kardak im Jahr 1996), die beide Länder verbindet, scheint der Versuch, diesen Konflikt beizulegen, schwierig. Allerdings sind diesmal nicht nur Griechenland/Zypern (und damit die EU) und die Türkei Akteure in diesem geostrategischen Wettbewerb; auch Ägypten, Israel etc. spielen eine Rolle in diesem Showdown. Diese Konstellation macht diesen bilateralen Konflikt zu einem eher "regionalen Machtkampf", was diesen Konflikt noch gefährlicher macht. Diese spannungsgeladene Situation verhindert, dass regionale Energieinfrastrukturprojekte nicht realisiert werden können. Als Beispiel kann die Idee vom italienischen Energieunternehmen „Eni“ vom Jahr 2015 genommen werden, als das Zohr Gasfeld im Jahr 2015 gefunden wurden. Danach versucht der Konzern Israel, Ägypten und Südzypern zu überzeugen, ihre Gasfelder zu kombinieren und als billiges LNG-Gas von Ägypten aus zu verkaufen. Hierbei war von Anfang an klar, dass bei diesem Projekt weder die Türkei noch die Nordzypern beteiligt werden würden.

Ein vorläufiger Höhepunkt dieses Konflikts fand im Sommer 2020 statt, als sich türkische und griechische Kriegsschiffe gegenüberstanden. Diese gefährliche Situation wurde möglich, nachdem die Türkei ein Bohrschiff in Gewässer geschickt hat, welche Griechenland rechtlich beansprucht. Obwohl sich der Konflikt nach diesem "heißen" Sommer 2020 beruhigte, verschärfte er sich im Mai 2022 erneut, als Erdogan erklärte, dass der griechische Präsident Mitsotaki "für ihn nicht mehr existiere". In den folgenden Monaten drohte Erdogans Regierung Griechenland mehrmals, wobei Erdogans Drohungen im September 2022 unmissverständlich klar wurden, als er davon sprach, dass sie (Türken) "eines Nachts plötzlich herunterkommen könnten" oder dass die Griechen "Izmir nicht vergessen" sollten. Gleichzeitig beschloss die Türkei nach einer zweijährigen Pause, ihre Bohrungen im östlichen Mittelmeer wieder aufzunehmen. Der Konflikt schwillt unter der Oberfläche weiter, da das grundsätzliche Problem nicht gelöst wurde. In Anbetracht dessen, dass Donald Trump bald wieder im Weißen Haus sitzen könnte und dass Europa aktuell in einem direkten geostrategischen Konflikt mit Russland

steht, wäre es von Vorteil, dass in dieser Region Europas kein neuer potenzieller Konfliktherd entstehen würde. Außerdem könnte die nachhaltige Lösung von diesem Konflikt eine neue Energiequelle für Europa bedeuten und das könnte helfen, unabhängiger vom russischen Gas zu werden.

Rechtliche Erklärung

Um das Problem vollständig zu verstehen, müssen die Rechtsansprüche, die hinter diesem Konflikt stehen, näher erläutert werden. Die Türkei beansprucht eine Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) im östlichen Mittelmeer, die sich mit der von Griechenland beanspruchten AWZ überschneidet. Darüber hinaus beziehen sich beide Nationen auf das UN-Seerechtsübereinkommen (UNCLOS), wobei der Unterschied darin besteht, dass Griechenland sich an UNCLOS III (1982) hält, das die Türkei noch nicht unterzeichnet hat. Stattdessen beruft sich die Türkei auf das UNCLOS I (1958), das teilweise anders ist. UNCLOS III bedeutet, dass "Inseln die maritimen Rechte der Festlandnationen, zu denen sie gehören, erweitern" (Gorvett 2020); UNCLOS I behandelt Inseln anders. Im SRÜ I erhalten Länder, in deren unmittelbarer Nähe sich fremde Inseln befinden - ein "Festlandsockel". Das bedeutet, dass in der Regel das angrenzende Festland die Seerechte erhält. Darüber hinaus sollte man auch den Status Zyperns berücksichtigen, da dies ebenfalls eine Hauptquelle für Konflikte zwischen beiden Ländern ist. Denn der international anerkannte Teil Zyperns beansprucht für sich volle Seerechte gemäß UNCLOS III, ohne dabei Nordzypern zu berücksichtigen. Die Türkei lehnt dies ab, da es sonst technisch unmöglich wäre, in türkische Häfen einzulaufen, ohne griechische Gewässer zu betreten. Stattdessen beharrt sie darauf, dass Zypern keinen Anspruch auf eine AWZ hat. Sie argumentieren, dass das Gebiet um Zypern aufgrund seiner langen Mittelmeerküste als türkische AWZ betrachtet werden sollte. Zypern verfügt, wenn überhaupt, nur über zwölf Seemeilen, einschließlich Nordzyperns. Daher ist es offensichtlich, warum die Türkei das SRÜ III noch nicht unterzeichnet hat, Griechenland aber schon. Es sollte klar sein, dass sich die Türkei in einer schwachen Verhandlungsposition befindet, da das SRÜ III heutzutage weitgehend als Gewohnheitsrecht angesehen wird.

IA6 Für eine bessere Berücksichtigung der Sicherheit von Frauen

Antragsteller*innen:

Antragstext

1 Die Jungen Europäischen Föderalist:innen fordern eine Anpassung internationaler
2 Sicherheitsvorschriften in allen Bereichen, in denen die menschliche
3 Unversehrtheit aufgrund der mangelhaften Handhabung von geschlechtsspezifischen
4 Unterschieden gefährdet ist. Neben herkömmlichen Modellen und Vorgehensweisen
5 sollen deshalb auch vielfältigere Repräsentationen der menschlichen Anatomie
6 einbezogen werden, wodurch die Sicherheit der gesamten Bevölkerung gewährleistet
7 werden kann.
8

9 Die Vorschriften, Methoden und Herangehensweisen müssen insbesondere in den
10 folgenden Bereichen angepasst werden, in denen derzeit noch erhebliche Defizite
11 bei der Berücksichtigung von geschlechtsspezifischen Unterschieden bestehen:
12

13 1. Medizinische Forschung: Bei der Herstellung von Medikamenten und der
14 Durchführung von klinischen Studien müssen Unterschiede zwischen Männern und
15 Frauen konsequent berücksichtigt werden. Zusammensetzung und
16 Dosierungsempfehlungen müssen an Ergebnisse angepasst werden, die von Studien
17 mit männlichen und weiblichen Probanden stammen.
18

19 2. Arbeitsplatzsicherheit: Schutzkleidung und Sicherheitsausrüstung sollte an
20 geschlechtsspezifische Unterschiede (z.B. in den Bereichen Größe, Gewicht,
21 Körperform und Körperschwerpunkt) angepasst werden, um geschlechtsspezifische
22 Risiken im Arbeitsumfeld zu verringern. Dies betrifft vor allem Frauen, die z.
23 B. bei Feuerwehr oder der Polizei im Dienst sind, da vorgeschriebene Bekleidung
24 häufig Unisex ist bzw. sein muss und Frauen durch die schlechte Passform
25 benachteiligt sind.
26

27 3. Verkehrsmittelsicherheit: Crashtests, z.B. in der Automobil-, Luftfahrt-
28 und Eisenbahnindustrie, müssen Dummies verwenden, welche sowohl Männer- als auch
29 Frauenkörper repräsentieren. Dabei fordern die Jungen Europäischen
30 Föderalist:innen Deutschland konkret eine Anpassung der UNECE Regelungen 94, 95
31 und 137, sodass diese neben den „Hybrid III 50th Male“-Dummies auch die
32 Verwendung von „EVA“-Dummies verlangt.

IA7 Anerkennung von Bildungsabschlüssen in Europa stärken

Antragsteller*innen:

Antragstext

1 Die Jungen Europäischen Föderalist:innen Deutschland fordern ein gemeinsames
2 elektronisches Verfahren zur Anerkennung und soweit möglich eine automatische
3 Anerkennung der universitären, schulischen sowie berufsqualifizierende
4 Leistungen und Abschlüsse innerhalb der Europäischen Union unter
5 Berücksichtigung eines gemeinsamen transparenten europäischen
6 Qualifikationsrahmens.

7 “Die Anerkennung von Kompetenzen und Qualifikationen ist die Grundlage für
8 Mobilität, Lernen und Arbeiten in der gesamten EU”[1], so das offizielle
9 Statement auf der Webseite der Europäischen Union. Faktisch allerdings ist die
10 Anerkennung von in anderen europäischen Staaten erworbenen schulischen,
11 universitären sowie berufsqualifizierenden Leistungen und Abschlüssen jedoch ein
12 harter Kampf, der obendrein nicht selten verloren geht. Dies ist auch den
13 Gremien der Europäischen Union bewusst. Der Rat der europäischen Union hat in
14 diesem Sinne bereits 2018 auf Vorschlag der Kommission eine Erklärung
15 veröffentlicht, in welcher er den Mitgliedstaaten empfiehlt bis 2025 die
16 erforderlichen Maßnahmen für eine automatische gegenseitige Anerkennung von im
17 Ausland erworbenen Hochschulqualifikationen und von Qualifikationen der
18 allgemeinen und beruflichen Bildung der Sekundarstufe II zu ergreifen.[2]
19

20 Diese Aufforderung entspricht dem Lissaboner Anerkennungsübereinkommen. Von
21 einer solchen dringend benötigten automatischen Anerkennung kann allerdings bis
22 heute keine Rede sein. Dies lässt sich unter anderem auf die komplizierten und
23 individuellen bürokratischen Prozesse zurückführen. Dementsprechend fordern wir
24 in Anlehnung an die automatische Anerkennung von Berufsabschlüssen und den 2013
25 eingeführten Europäischen Berufsausweis ein gemeinsames europäisches
26 elektronisches Anerkennungsverfahren für und soweit möglich die automatische
27 Anerkennung von schulischen, universitären und berufsqualifizierenden Leistungen
28 sowie Abschlüssen.

29 [1] europa.eu (2024): Anerkennung von Kompetenzen und Qualifikationen. Online
30 verfügbar unter [https://europass.europa.eu/de/recognition-skills-and-
31 qualifications](https://europass.europa.eu/de/recognition-skills-and-qualifications) (05.06.2024).

32 [2] Rat der europäischen Union (2018): Empfehlung des Rates zur Förderung der
33 automatischen gegenseitigen Anerkennung von im Ausland erworbenen

34 Hochschulqualifikationen und von Qualifikationen der allgemeinen und beruflichen
35 Bildung der Sekundarstufe II sowie der Ergebnisse von Lernzeiten im Ausland.

36 Online verfügbar unter <https://eur-lex.europa.eu/legal->

37 [content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32018H1210\(01\)&from=DE](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32018H1210(01)&from=DE) (05.06.2024).

IA8 Weitere, stärkere Unterstützung für die Ukraine in ihrem Kampf für Demokratie und Frieden in Europa!

Gremium: Landesverband Niedersachsen
Beschlussdatum: 03.09.2024

Antragstext

1 Im Februar 2022 eskalierte die Russische Föderation ihren 2014 begonnenen
2 völkerrechtswidrigen Krieg gegen die Ukraine. Als JEF haben wir im Angesicht
3 dieses Angriffes daher 2022 die Unterstützung der Ukraine mit Geld, Waffen und
4 Diplomatie gefordert. Die Forderungen von damals möchten wir an dieser Stelle
5 noch einmal in ihrer Bedeutung unterstreichen. In den vergangenen zwei Jahren
6 hat sich die Situation in der Ukraine jedoch verändert und daher halten wir auch
7 eine neue verstärkte Forderung nach Unterstützung für angebracht.

8 Die Notwendigkeit, unsere fortlaufende Unterstützung zu betonen, ist angesichts
9 der politischen Entwicklung in Europa leider dringend erforderlich. In vielen
10 Mitgliedstaaten der Europäischen Union erzielten Parteien große Erfolge, die
11 jegliche Unterstützung der Ukraine und eine Sanktionierung Russlands ablehnen
12 und so mehr oder weniger offen die Interessen der russischen Aggressoren
13 vertreten. Die Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen waren insofern nicht nur
14 eine Niederlage für deutsche Demokrat:innen sondern auch ein Sieg für das
15 russische Regime. Auch einige europäische Staats- und Regierungschefs versuchen
16 die gesamteuropäischen Friedensbemühungen zu unterlaufen; so gefährdet unter
17 anderem Viktor Orbán mit den neuen ungarischen Visaregelungen europäische
18 Sicherheitsinteressen.¹

19 Das russische Regime hat in den vergangenen zwei Jahren nicht von seinem Kurs
20 des brutalen Krieges gegen die ukrainische Zivilbevölkerung abgelassen. Es
21 werden täglich mittels Drohnen und Gleitbomben zivile Infrastruktur und
22 Wohngebiete bombardiert.² Besondere Aufmerksamkeit hat dabei die Bombardierung
23 des Kinderkrankenhauses Ochmatdyt in Kyjiw erhalten.³ Ziel dabei scheint zu
24 sein, die ukrainische Zivilbevölkerung zu zermürben und so die demokratische
25 Regierung in Kyjiw zu einem Diktatfrieden nach russischen Vorstellungen zu
26 zwingen.

27 Die bisherigen Anstrengungen der demokratischen Gemeinschaft, die russische
28 Föderation diplomatisch zu isolieren, waren zwar anfangs sehr erfolgreich,
29 allerdings schrumpft die Ambition und Anzahl von Unterstützerstaaten immer

30 weiter. Als neuen Partner hat sich das russische Regime erst an das
31 isolationistische Nordkorea gewendet und unterzeichnete ein
32 Partnerschaftsabkommen, in dem Russland und Nordkorea sich gegenseitige
33 wirtschaftliche und militärische Unterstützung zusichern. Das russische Regime
34 erhofft sich davon im Besonderen Munition, welche es für weitere Angriffe, auch
35 auf rein zivile Ziele, in seinem völkerrechtswidrigen Krieg benötigt. Auch China
36 und der Iran stellen sich immer mehr verdeckt und teilweise auch öffentlich an
37 die Seite Russlands. China sieht Russland als engen Partner und auch in der
38 chinesischen Propaganda wird der russische Angriffskrieg wohlwollend
39 dargestellt.^{4,5,6}

40 Trotz aller Anstrengungen der ukrainischen Streitkräfte und der ukrainischen
41 Bevölkerung und auch einiger Teilerfolge im Kampf gegen Russland, ist es der
42 Ukraine bisher nicht gelungen, die von Russland besetzten Territorien zu
43 befreien und ein Ende des Kriegs herbeizuführen. Versuche, ein Ende des Krieges
44 diplomatisch herbeizuführen, sind gescheitert. Es ist deutlich, dass Russland
45 nicht an echten Friedensverhandlungen interessiert ist und ein Leben unter
46 russischer Besatzung für die Ukraine keinen Frieden bedeuten würde. Vielmehr
47 würde das Unrecht weitergehen und der ukrainischen Zivilbevölkerung stünden
48 systematische Menschenrechtsverletzungen bevor, wie etwa das Massaker von Butcha
49 beweist.⁷

50 **Mittlerweile sollte klar sein, dass Russland zum aktuellen Zeitpunkt keine**
51 **Offenheit für diplomatische Verhandlungen zeigt, um eine friedliche Lösung des**
52 **Krieges zu erreichen.**

53 Die Ukraine muss unbedingt in die Lage versetzt werden, den russischen Aggressor
54 zurückzuschlagen und ihre territoriale Integrität in den international
55 anerkannten Grenzen von 2014 wiederherzustellen. Für diese Ziele benötigt die
56 Ukraine finanzielle sowie militärische Mittel, die seit dem Überfall auf die
57 Ukraine von den Unterstützerstaaten oft nur sehr zögerlich bereitgestellt
58 wurden. Während einige EU-Mitgliedsstaaten wie beispielsweise die baltischen
59 Staaten die Bedeutung von Russlands Krieg in der Ukraine auch für die
60 gesamteuropäische Sicherheit erkannt haben und im Hinblick auf die Unterstützung
61 der Ukraine als Vorbild vorangehen, lässt die Unterstützungsbereitschaft anderer
62 Mitgliedsstaaten zu wünschen übrig.

63 Ein Großteil der militärischen Unterstützung für die Ukraine wurde bislang durch
64 die USA bereitgestellt. Angesichts der bevorstehenden US-Präsidentschaftswahlen
65 erscheint eine Fortsetzung dieser Unterstützung zumindest als gefährdet. Die
66 europäischen Staaten müssen daher spätestens jetzt mehr Verantwortung für die
67 europäische Sicherheit übernehmen. Ein fortgesetztes Vertrauen auf die USA als
68 Verteidigerin Europas ist angesichts der veränderten Sicherheitslage weder
69 zeitgemäß noch ausreichend. Erweiternd zu unserem Bundesausschuss-Beschluss
70 unmittelbar nach Kriegsausbruch im März 2022¹¹ möchten wir nachfolgende aktuelle
71

Forderungen platzieren.

72 **Forderungen**

73 Wir fordern die Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten zu Folgendem auf:

- 74 1. Die Ukraine darf in Zukunft nicht durch von Unterstützerstaaten auferlegte
75 Limitierungen an einer effektiven Selbstverteidigung gehindert werden. Die
76 Verteidigung der ukrainischen Souveränität findet auch in Russland statt.
77 An die Ukraine gelieferte Waffen sollen daher auch für den Kampf auf
78 völkerrechtlich anerkanntem russischen Territorium eingesetzt werden
79 dürfen.

- 80 2. Die Regierung und die Streitkräfte der Ukraine wissen am besten, welche
81 Waffen sie zu ihrer Verteidigung benötigen. Daher sollten die
82 Unterstützerstaaten deren Forderungen ernstnehmen und materielle Bedarfe
83 der Ukraine verstärkt und schneller erfüllen.

- 84 3. Die Sanktionen, die gegen Russland verhängt wurden, zeigen Wirkung. Als
85 Reaktion auf die militärische Unterstützung Russlands durch Belarus, Iran
86 und Nordkorea wurden auch gegen diese Staaten Sanktionen verhängt. Die
87 Sanktionen gegen Russland und seine Unterstützer:innen müssen
88 aufrechterhalten und weiter ausgeweitet werden. Schlupflöcher in den
89 Sanktionen müssen geschlossen werden.

- 90 4. Die Sanktionen müssen allerdings nicht nur verhängt, sondern auch
91 kontrolliert und durchgesetzt werden. Das Umgehen der Sanktionen von
92 Einzelpersonen und staatlichen sowie wirtschaftlichen Akteuren muss daher
93 unterbunden werden. Etwaige Helfer:innen sind ebenfalls zu belangen.

- 94 5. Weiterhin darf Geld nicht der Flaschenhals sein, an dem ukrainische
95 Unterstützung scheitert. Die Verwendung unerwarteter Nettogewinne aus
96 immobilisierten russischen Vermögenswerten⁸ ist ein guter erster Schritt.
97 Darüber hinaus müssen jedoch die eingefrorenen russischen Vermögenswerte
98 selbst in ihrer vollen Höhe für die Unterstützung der Ukraine eingesetzt
99 werden. Bei den Privatpersonen, welche derartige Vermögen im Ausland
100 eingelagert haben, handelt es sich um Oligarchen, die vom russischen
101 Regime profitieren. Dasselbe gilt in noch deutlicherer Form für Geld der
102 russischen Zentralbank. Völker- und europarechtlich gibt es Möglichkeiten,
103 die zumindest zu einer teilweisen Verwendung der Gelder führen
104

105 könnten.^{9,10} Die Bundesregierung und die EU-Kommission sollen daher Hand
106 in Hand mit dem nötigen politischen Willen Wege und Lösungen finden, diese
107 Gelder rechtssicher und handlungsschnell analog unseren Forderungen
entsprechend zu mobilisieren.

108 6. Der rechtliche Rahmen, russische Vermögen zu verwenden, darf dabei aber
109 nur ein Baustein der Finanzierung sein. Dass im Zuge der
110 Kostensparmaßnahmen in Deutschland keine zusätzlichen Hilfeleistungen für
111 die Ukraine genehmigt werden sollen, ist inakzeptabel. Den Kampf gegen
112 Imperialismus und für Demokratie aufgrund von haushaltspolitischen
113 Erwägungen zu riskieren, kann keine Option sein. Die europäischen
114 Regierungen sollen die Möglichkeiten der Staatsfinanzierung erschöpfend
115 nutzen, um ihrer Verantwortung für Demokratie und Menschenrechte gerecht
116 zu werden.

117
118 7.

119
120 **Es ist wichtig, dass neben der notwendigen militärischen Unterstützung**
121 **glaubhafte Bestrebungen aufgenommen werden, um der Ukraine mittel- bis**
122 **langfristig die Möglichkeit für Friedensverhandlungen zu ermöglichen. Die**
123 **Beendigung des Krieges und damit auch die Souveränität der Ukraine ist ein**
124 **wichtiger Faktor für die Sicherheit ganz Europas, vor allem unserer**
125 **osteuropäischen Verbündeten. Bis dahin ist es wichtig, die Ukraine**
126 **militärisch, humanitär, finanziell und auch diplomatisch vollumfänglich zu**
unterstützen. Sämtliche Kommunikationskanäle müssen offen bleiben.

127 7. Sobald Russland und die Ukraine einen unbefristeten Waffenstillstand
128 vereinbart oder einen Friedensvertrag unterzeichnet haben, ist ein
129 Beitritt der Ukraine zur NATO zu unterstützen. Solange es in Russland
130 keinen tiefgreifenden politischen und gesellschaftlichen Wandel hin zu
131 einer echten Demokratie gibt, wäre die Ukraine ohne den gestärkten Schutz
132 ihrer westlichen Partner nie vor russischen Angriffen auf ihre
133 Souveränität geschützt. Eine erneute militärische Eskalation seitens
134 Russland wäre dann nur eine Frage der Zeit.

135 8. Die Ukraine stellte am 28. Februar 2022 ihren Antrag auf Mitgliedschaft in
136 der Europäischen Union. Seit dem 25. Juni 2024 laufen die
137 Beitrittsverhandlungen. Alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union
138 sollten die Ukraine auf ihrem Weg in die Union unterstützen, sodass u.a.
139 die Kopenhagener Beitrittskriterien perspektivisch erreicht werden können.
140 Die Zukunft der Ukraine liegt in der europäischen Gemeinschaft!

141 СЛАВА УКРАЇНИ!

142 *Slava Ukraini!*

143 *Quellen:*

144 ¹[https://de.euronews.com/my-europe/2024/07/30/ungarn-offnet-grenze-fur-russen-](https://de.euronews.com/my-europe/2024/07/30/ungarn-offnet-grenze-fur-russen-eu-befurchtet-sicherheitsrisiko-fur-eu-lander)
145 [eu-befurchtet-sicherheitsrisiko-fur-eu-lander](https://de.euronews.com/my-europe/2024/07/30/ungarn-offnet-grenze-fur-russen-eu-befurchtet-sicherheitsrisiko-fur-eu-lander)

146 ²[https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/satelliten-karten-der-zerbombten-](https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/satelliten-karten-der-zerbombten-staedte-das-unvorstellbare-ausmass-von-zwei-jahren-ukraine-invasion/)
147 [staedte-das-unvorstellbare-ausmass-von-zwei-jahren-ukraine-invasion/](https://interaktiv.tagesspiegel.de/lab/satelliten-karten-der-zerbombten-staedte-das-unvorstellbare-ausmass-von-zwei-jahren-ukraine-invasion/)

148 ³<https://www.tagesschau.de/ausland/europa/ukraine-angriff-klinik-102.html>

149 ⁴<https://www.lpb-bw.de/china-russland>

150 ⁵[https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/31/iran-eu-](https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/31/iran-eu-lists-more-individuals-and-entities-for-the-transfer-of-drones-for-russia-s-war-of-aggression-against-ukraine-and-for-the-transfer-of-drones-and-missiles-in-the-middle-east-and-red-sea-region/)
151 [lists-more-individuals-and-entities-for-the-transfer-of-drones-for-russia-s-war-](https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/31/iran-eu-lists-more-individuals-and-entities-for-the-transfer-of-drones-for-russia-s-war-of-aggression-against-ukraine-and-for-the-transfer-of-drones-and-missiles-in-the-middle-east-and-red-sea-region/)
152 [of-aggression-against-ukraine-and-for-the-transfer-of-drones-and-missiles-in-](https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/31/iran-eu-lists-more-individuals-and-entities-for-the-transfer-of-drones-for-russia-s-war-of-aggression-against-ukraine-and-for-the-transfer-of-drones-and-missiles-in-the-middle-east-and-red-sea-region/)
153 [the-middle-east-and-red-sea-region/](https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/05/31/iran-eu-lists-more-individuals-and-entities-for-the-transfer-of-drones-for-russia-s-war-of-aggression-against-ukraine-and-for-the-transfer-of-drones-and-missiles-in-the-middle-east-and-red-sea-region/)

154 ⁶<https://www.tagesschau.de/ausland/asien/putin-nordkorea-kimjongun-100.html>

155 ⁷[https://www.rnd.de/politik/ukraine-butscha-massaker-was-geschah-wirklich-](https://www.rnd.de/politik/ukraine-butscha-massaker-was-geschah-wirklich-4CVHDIDZ3LX65NBY6RRJYUAKBU.html)
156 [4CVHDIDZ3LX65NBY6RRJYUAKBU.html](https://www.rnd.de/politik/ukraine-butscha-massaker-was-geschah-wirklich-4CVHDIDZ3LX65NBY6RRJYUAKBU.html)

157 ⁸[https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions-against-russia/sanctions-](https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions-against-russia/sanctions-against-russia-explained/#sanctions)
158 [against-russia-explained/#sanctions](https://www.consilium.europa.eu/de/policies/sanctions-against-russia/sanctions-against-russia-explained/#sanctions)

159 ⁹[Lange: EU-Sanktionen gegen Individuen – Möglichkeiten und Grenzen, EuR 2024, 3](#)

160 ¹⁰[https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/juristen-uneins-darf-](https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/juristen-uneins-darf-russisches-geld-an-die-ukraine-%C3%BCberwiesen-werden/ar-AA1pgzhE)
161 [russisches-geld-an-die-ukraine-%C3%BCberwiesen-werden/ar-AA1pgzhE](https://www.msn.com/de-de/finanzen/top-stories/juristen-uneins-darf-russisches-geld-an-die-ukraine-%C3%BCberwiesen-werden/ar-AA1pgzhE)

162
163 ¹¹[https://www.jef.de/dokumente/der-angriffskrieg-putins-auf-die-ukraine-eine-](https://www.jef.de/dokumente/der-angriffskrieg-putins-auf-die-ukraine-eine-zeitenwende-fuer-die-eu/)
164 [zeitenwende-fuer-die-eu/](https://www.jef.de/dokumente/der-angriffskrieg-putins-auf-die-ukraine-eine-zeitenwende-fuer-die-eu/)

Begründung

Erfolgt mündlich

IA9 Für eine Europäische Grundrechtsbeschwerde

Gremium: Landesverband Niedersachsen
Beschlussdatum: 03.09.2024

Antragstext

1 Die Europäische Union zeichnet sich maßgeblich durch gemeinsame Werte aus.
2 Grundrechte sind Abwehrrechte gegen den Staat. Sie können auch Leistungsrechte
3 oder Gleichheitsrechte gegenüber diesem sein. Darüber hinaus sind sie auch als
4 Wertmaßstab bei der Beurteilung von privaten Handlungen vor Gericht
5 heranzuziehen. Mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union (GRCh) und
6 den Grundfreiheiten im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
7 (AEUV) hat sich die EU eine grundsätzlich moderne, weitgehende und gute
8 rechtliche Grundlage für den Schutz der Unionsbürger:innen gegeben, welcher auch
9 in Teilen über den Schutzbereich des Grundgesetzes hinausgeht. Doch
10 Grundrechtsschutz braucht nicht nur Normen, sondern auch deren Durchsetzung.

11 Das Bundesverfassungsgericht hat am 6. November 2019 mit dem Beschluss „Recht
12 auf Vergessen II“ sich selbst ermächtigt, im Bereich des vollharmonisierten
13 Unionsrechts Verstöße gegen Unionsgrundrechte und -freiheiten festzustellen.¹
14 Begründet wurde dies mit einer Schutzlücke: Es gibt keine Grundrechtsbeschwerde
15 auf EU-Ebene.

16 Das Bundesverfassungsgericht prüft im vollaufdeterminiertem Unionsrecht daher
17 selbst anhand der EU-Grundrechte, ob ein Verstoß vorliegt. Im nicht-
18 vollaufdeterminiertem Unionsrecht prüft es primär anhand des Grundgesetzes und nur
19 bei einem weitergehenden Schutzbereich sekundär anhand der EU-Grundrechte und
20 Grundfreiheiten.

21 Verletzungen von Grundrechten und Grundfreiheiten können vor dem EuGH derzeit in
22 zwei Verfahrensarten geltend gemacht werden: dem Vorabentscheidungsverfahren und
23 der Nichtigkeitsklage.²

24 Das Vorabentscheidungsverfahren nach Art. 267 AEUV zeichnet sich durch die
25 Notwendigkeit der Vorlage an den EuGH durch ein nationales Gericht aus.
26 Bürger:innen müssen vor dem jeweiligen national zuständigen Gericht
27 (beispielsweise dem örtlichen Verwaltungsgericht) Klage erheben, dies kann
28 grundsätzlich auch das Bundesverfassungsgericht sein. Es gibt eine
29 Vorlagepflicht zum EuGH zu letztinstanzlichen Gerichten, erste und niedrigere

30 gerichtliche Instanzen hingegen sind nicht zur Vorlage verpflichtet (Quelle 3).
31 Es gibt aber keinen direkten Zugang zum EuGH.

32 Nichtigkeitsklagen nach Art. 263 AEUV können grundsätzlich durch natürliche und
33 juristische Personen direkt beim EuGH eingereicht werden, um gegen Handlungen
34 der EU vorzugehen. Voraussetzung ist aber eine unmittelbare und individuelle
35 Betroffenheit, welche, vom EuGH sehr restriktiv ausgelegt wird. So dürfen keine
36 weiteren Durchführungsmaßnahmen mehr notwendig sein und der Kläger oder die
37 Klägerin muss durch den Rechtsakt entweder direkt adressiert werden oder in
38 einer Weise betroffen sein, welche ihn oder sie im Vergleich zu anderen
39 besonders betroffen macht.⁴ Diese hohen Anforderungen an die Zulässigkeit einer
40 Nichtigkeitsklage führen dazu, dass sich diese nicht als eine der
41 Verfassungsbeschwerde gleichwertigen Möglichkeit handelt, Grundrechte gegenüber
42 der EU geltend zu machen. Gerade durch die restriktive Rechtsprechung des EuGH
43 ist es in vielen Fällen unmöglich gegen Handlungen der EU vorzugehen, was z.B.
44 bei Frontex und im Bereich der Asylpolitik zu einer Leerstelle führt.

45 Wir als Junge Europäischen Föderalist:innen Deutschland fordern daher:

- 46 • Die Einführung einer Grundrechtsbeschwerde durch die Grundrechtsadressaten
47 vor dem EuGH. Jede:r soll das Recht haben, bei Verletzungen seiner:ihrer
48 Grundrechte und Grundfreiheiten durch die EU oder einen Mitgliedstaat,
49 welcher EU-Recht ausführt, Beschwerde zu erheben.
- 50 • Anzuerkennen, dass Grundrechte, als fundamentale Rechte des Bürgers und
51 der Bürgerin gegen den Staat, in einer immer enger werdenden europäischen
52 Integration unerlässlich sind und immer bedeutsamer werden.

53 Quellen:

54 ¹BvR 276/17, BVerfGE 152, 216-274.

55 ²Petersen, Niels: Deutsches und Europäisches Verfassungsrecht II, S. 174 Rn. 49.

56 ³ Petersen, Niels: Deutsches und Europäisches Verfassungsrecht II, S. 174 Rn.
57 50.

58 ⁴ Petersen, Niels: Deutsches und Europäisches Verfassungsrecht II, S. 174 Rn.
59 51.

Begründung

Erfolgt mündlich

IA10 Gemeinschaft stärken – Hass bekämpfen: Für eine aktive Auseinandersetzung unseres Verbandes mit dem Thema jüdisches Leben und Antisemitismus

Gremium: JEF NRW
Beschlussdatum: 04.09.2024

Antragstext

1 Die Europawahl am 9. Juni 2024 hat auf eindringliche Weise gezeigt, wie stark
2 sich unsere Gesellschaft spaltet und polarisiert. Diese Polarisierung betrifft
3 nicht nur Deutschland, sondern ist auch in anderen europäischen Ländern deutlich
4 spürbar. Extremistische Positionen gewinnen zunehmend an Boden und die daraus
5 resultierenden destruktiven Haltungen führen immer öfter zu handfesten Taten.
6 Polarisierung und Hetze treiben Menschen dazu, politisch motivierte Gewalt
7 auszuüben. Angriffe auf Politiker:innen, Ehrenamtliche und Menschen
8 unterschiedlichen Glaubens nehmen zu. Besonders im Rahmen des Europawahlkampfes
9 haben wir in Deutschland eine Welle der Aggression und Gewalt erlebt, die uns
10 zutiefst erschüttert.

11 Vor allem aber besorgniserregend ist die Zunahme antisemitischer Angriffe. Seit
12 dem Terrorangriff der Hamas auf Israel verzeichnete Statista allein im Zeitraum
13 vom 07. Oktober 2023 bis zum 09. November 2023 in Deutschland 994 Angriffe auf
14 Menschen jüdischen Glaubens.

15 Diese besorgniserregende Zunahme an Gewalt, Feindseligkeit und
16 Menschenverachtung bedroht nicht nur das friedliche Zusammenleben in unserer
17 Gesellschaft, sondern auch unsere Vision eines lebenswerten Europas. Als JEF
18 Deutschland stehen wir für ein freies, vielfältiges und tolerantes Europa, in
19 dem kein Mensch aufgrund seiner Religion, Herkunft, sexuellen Orientierung,
20 Geschlechtsidentität oder politischen Überzeugungen diskriminiert werden darf.
21 Angesichts der aktuellen Entwicklungen sehen wir es als dringend notwendig an,
22 unsere Haltung zu schärfen und ein klares Signal an unseren Verband nach innen,
23 aber auch hinsichtlich unserer Außenwirkung zu senden.

24 Für uns ist Europa mehr als nur eine Wirtschaftsunion! Die regelmäßigen Reisen
25 unserer Landesverbände in Europa zeigen uns, wie wichtig das Miteinander der
26 verschiedenen Kulturen und Nationen ist. Wir haben die Vorzüge der europäischen
27 Zusammenarbeit kennengelernt und wissen, welche Stärke die Europäische Union
28 durch ihre gemeinsamen Errungenschaften erreicht hat. Doch diese Stärke gerät

29 durch Rassismus, Diskriminierung und Antisemitismus zunehmend in Gefahr.

30 Aus diesen Gründen fordert die JEF Deutschland ihren Bundesverband auf:

31 **1. Jüdischen Lebens und Antisemitismus**

32 Unser Verband soll sich intensiv mit dem jüdischen Leben in Deutschland und
33 Europa sowie mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzen. Dies kann
34 beispielsweise im Rahmen eines Aktionsmonats im kommenden Vorstandsjahr
35 geschehen.

36 **2. interkultureller Austausch mit Religionsgemeinschaften**

37 Der Bundesverband soll Gespräche mit wichtigen Organen der Religionen führen, um
38 gemeinsam wichtige Punkte zu erfassen, die ein friedliches, vielfältiges
39 Zusammenleben der Religionen auf unserem Kontinent ermöglichen und Vorurteile
40 abbauen.

41 **3. Teilnahme an den Wochen gegen Rassismus**

42 Der Bundesverband und seine Landesverbände sollen sich nach ihren Möglichkeiten
43 aktiv an den Wochen gegen Rassismus beteiligen, um ein klares Zeichen gegen
44 Ausgrenzung und Fremdenfeindlichkeit zu setzen.

Begründung

Die Europawahl 2024 hat gezeigt, dass unsere europäische Gesellschaft zunehmend gespalten ist. Die wachsende Polarisierung geht Hand in Hand mit extremistischen Strömungen, die nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa zu beobachten sind. Diese Entwicklung bedroht das friedliche Zusammenleben und führt immer häufiger zu Gewalt und Ausgrenzung. Die steigende Anzahl von Angriffen auf Politiker, Ehrenamtliche sowie Menschen anderen Glaubens, wie etwa der Anstieg antisemitischer Angriffe nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel, verdeutlichen den Ernst der Lage.

Diese besorgniserregende Entwicklung von Extremismus, Rassismus und Antisemitismus steht im Widerspruch zu den Grundwerten der Europäischen Union und der JEF Deutschland. Europa versteht sich als Wertegemeinschaft, die auf Toleranz, Freiheit und Vielfalt basiert. Es ist unsere Pflicht, diese Werte zu verteidigen und klar Stellung gegen jede Form von Diskriminierung und Hass zu beziehen. Durch gezielte Bildungsarbeit und interkulturellen Austausch können wir als JEF Deutschland einen Beitrag dazu leisten, die europäische Idee zu schützen und die Gemeinschaft zu stärken.

Der Antrag fordert deshalb eine intensivere Auseinandersetzung mit dem jüdischen Leben und Antisemitismus in Deutschland und Europa. Dies ist nicht nur angesichts der aktuellen antisemitischen Tendenzen wichtig, sondern auch aufgrund der historischen Verantwortung Deutschlands. Ein Aktionsmonat könnte hier einen wichtigen Impuls setzen, um das Bewusstsein innerhalb des Verbands zu schärfen und Solidarität zu zeigen.

Darüber hinaus soll der interkulturelle Dialog mit verschiedenen Religionsgemeinschaften gefördert werden. Dieser Austausch ist notwendig, um Vorurteile abzubauen und das Verständnis für unterschiedliche Glaubensrichtungen zu stärken. Ein friedliches und vielfältiges Miteinander kann nur gelingen, wenn Respekt und Akzeptanz im Zentrum stehen.

Die Teilnahme an den Wochen gegen Rassismus unterstreicht zudem das Engagement der JEF Deutschland, ein klares Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu setzen. Als Jugendverband, der die europäische Idee vertritt, müssen wir uns aktiv dafür einsetzen, dass Europa ein Ort der Freiheit und Gleichheit bleibt, an dem jeder Mensch unabhängig von Herkunft, Religion oder Überzeugung sicher und willkommen ist.

IA12 Wirtschaftliche Entwicklung stärken, Menschenrechte schützen – Für eine neue Ausrichtung der europäischen Außen- und Entwicklungspolitik in den Maghreb-Staaten

Gremium: JEF NRW
Beschlussdatum: 04.09.2024

Antragstext

1 Die Situation in den Maghreb-Staaten (Marokko, Algerien, Libyen und Mauretanien)
2 hat sich in den letzten Jahren stark verändert, die anfängliche Euphorie des
3 Arabischen Frühlings ist schon lange verfliegen. Die JEF Deutschland hat im Jahre
4 2011 folgenden Beschluss gefasst: "Die JEF begrüßen den Demokratisierungsprozess
5 und fordern gerechte Entwicklungschancen für den Maghreb." Dieser spiegelt die
6 seitdem zunehmend veränderte Lage in den Staaten des Maghreb nicht mehr wider.
7 Die Menschenrechtssituation in Algerien und Marokko hat sich nicht verbessert
8 und in Libyen haben sich nach einem blutigen Bürgerkrieg zwei Herrschaftsgebiete
9 etabliert, eines unter der international anerkannten Regierung und eines unter
10 General Haftar. In Tunesien wurde das Parlament entmachtet, die staatlichen
11 Autoritäten gehen massiv gegen Kandidaten der Opposition vor. Der Status der
12 Westsahara ist seit vielen Jahren ungelöst. Insbesondere die Rolle der UN-
13 Friedensmission MINUSRO wird dabei zunehmend schwächer. Die politische und
14 soziale Situation in dieser Region ist ein wichtiger Faktor für die regionale
15 Stabilität.

16 Gleichzeitig ist es wichtig, die wirtschaftliche Entwicklung in den Staaten der
17 Maghreb-Region zu stärken, um vor allem jungen Menschen eine Perspektive in
18 ihrer Heimat zu geben. Besonders der Energiesektor zeigt das Potenzial einer
19 engeren wirtschaftlichen Beziehung zu unseren südlichen Nachbarländern. Dieser
20 Antrag fordert die EU auf, ihren Einfluss zu nutzen, um sowohl die politische,
21 soziale und wirtschaftliche Situation mit ihren Partner:innen gemeinsam zu
22 verbessern und Beziehungen auf Augenhöhe sicherzustellen. Dabei soll er nicht
23 die aktuelle Beschlusslage der JEF Deutschland zum Thema Asyl und Migration
24 ändern. Vielmehr soll hierbei der Einsatz für gute außen- und
25 entwicklungspolitische Beziehungen zwischen der EU und den Maghreb-Staaten im
26 Vordergrund stehen.

27 **Der Bundeskongress der JEF Deutschland möge daher beschließen, die EU**
28 **aufzufordern:**

- 29 1. die Menschenrechtsverletzungen in den Maghreb-Staaten, insbesondere die
30 Verstöße gegen die Meinungs- und Pressefreiheit, zu verurteilen und die
31 Maghreb-Staaten aktiv zu bewegen, diese einzudämmen.

- 32 2. den UN-Plan für die Westsahara von 1991 zu unterstützen, die Verhandlungen
33 zwischen Marokko und der Westsahara mit dem Ziel einer Entkolonialisierung
34 weiterzuverfolgen, sowie sich dafür einzusetzen, das Mandat der UN-Mission
35 MINURSO auszuweiten. Die UN muss zusätzlich das Mandat besitzen, die
36 Einhaltung der Menschenrechte in der Westsahara sicherzustellen!

- 37 3. den politischen Druck auf Algerien zu erhöhen, eine Beobachtungsmission
38 bezüglich der dort 2026 stattfindenden Parlamentswahlen zuzulassen.
39 Zusätzlich erwarten wir von der EU, Algerien dazu aufzufordern, eine
40 Beobachtermission der Afrikanischen Union (AU) zu erlauben, um die dortige
41 rechtsstaatliche Lage zu beobachten und die Einhaltung der Menschenrechte,
42 insbesondere der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, sowie die
43 Durchsetzung der Rechte von Geflüchteten sicherzustellen.

- 44 4. sich für einen Blauhelm-Einsatz in Libyen auszusprechen und Verhandlungen
45 zwischen der international anerkannten Regierung und der Haftar-Miliz
46 unter Leitung der UN zu unterstützen. Dabei soll sich die EU weiterhin für
47 die staatliche Einheit Libyens einsetzen.

- 48 5. die finanziellen Mittel für den Bereich Migration und Mobilität der
49 "Vereinbarung über eine strategische und umfassende Partnerschaft zwischen
50 der EU und Tunesien" einzufrieren, solange Tunesien keine Wahlen unter
51 Berücksichtigung demokratischer Grundsätze durchführt.

- 52 6. Bildungsprojekte in Mauretanien stärker zu fördern, um die jüngsten
53 Fortschritte in der Alphabetisierung weiter voranzutreiben. Dabei soll der
54 Fokus auf wirtschaftlich und sozial benachteiligte Gruppen liegen.

- 55 7. die Entwicklungshilfen der EU und ihrer Mitgliedstaaten in den Maghreb-
56 Staaten für Demokratisierung, die Rechte von Frauen und anderen
57 marginalisierten Gruppen, Pressefreiheit und den Schutz von Geflüchteten
58 zu intensivieren. Dabei betonen wir die Bedeutung von
59 zivilgesellschaftlichen Akteuren.

- 60 8. bei einer weiteren Verschlechterung der menschenrechtlichen Situation,
61 Sanktionen gegen die Maghreb-Staaten zu verhängen (z.B. Smart Sanctions
62 gegen Entscheidungsträger:innen).
- 63 9. die Maghreb-Staaten beim Aufbau einer starken und zuverlässigen Wirtschaft
64 zu unterstützen. Dies ist neben dem Schutz der Menschenrechte und der
65 politischen Stabilität eine Säule für die positive Entwicklung der Region.
66 Insbesondere möge die EU Energiepartnerschaften mit den Maghreb-Staaten
67 eingehen. Dabei soll der Fokus auf dem Ausbau von erneuerbaren Energien,
68 v.a. Solar- und Windkraft, liegen. Um den Maghreb-Staaten den Zugang zum
69 europäischen Strommarkt zu ermöglichen, fordern wir den Ausbau von
70 Hochspannungsgleichstromleitungen (HVDC), mit denen Strom über große
71 Instanzen transportiert werden kann.
- 72 10. basierend auf ersten vielversprechenden Entdeckungen größerer Vorkommen an
73 sogenannten Seltenen Erden in Marokko, ein strategisches Abkommen zur
74 Erkundung und Förderung Seltener Erden mit den Maghreb-Staaten zu
75 schließen.
- 76 11. für die Bekämpfung von Fluchtursachen und im Angesicht des weltweiten
77 Kampfes gegen den fundamentalistischen Terrorismus, gemeinsam mit den
78 Maghreb-Staaten und lokal gefestigten Akteur:innen eine Allianz gegen den
79 Terrorismus zu bilden. Dies beinhaltet eine engere Zusammenarbeit der
80 Geheimdienste, Regierungen und internationalen Organisationen,
81 insbesondere der Afrikanischen Union. Gleichzeitig darf diese
82 Zusammenarbeit nicht zu einer Verschlechterung der Lebensbedingungen der
83 Bevölkerung in den Maghreb-Staaten führen, etwa durch die Verfolgung von
84 Oppositionellen. Wir fordern daher, dass die EU gleichzeitig auch wirksame
85 Mechanismen einführt, um das Missbrauchspotenzial solcher geteilten
86 Informationen zu minimieren.

Begründung

Die politische und menschenrechtliche Situation in den Maghreb-Staaten hat sich seit dem Arabischen Frühling deutlich verschlechtert. In Ländern wie Algerien, Marokko und Tunesien werden Meinungs- und Pressefreiheit massiv eingeschränkt, und in Libyen herrscht ein langwieriger Bürgerkrieg. Angesichts dieser Entwicklungen ist es dringend notwendig, dass die JEF Deutschland ihre Beschlusslage zu diesem Thema aktualisiert und sich dafür stark macht, dass die Außen- und Entwicklungspolitik der EU-Mitgliedstaaten zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in dieser Region beitragen.

Eine Unterstützung des UN-Plans zur Lösung des Konflikts in der Westsahara ist essentiell für die regionale Stabilität. Gleichzeitig muss die EU wirtschaftliche Partnerschaften fördern, insbesondere im Energiesektor, um die wirtschaftliche Entwicklung und Perspektiven für die junge Bevölkerung in der Region zu stärken. Die EU sollte zudem ihre Entwicklungszusammenarbeit intensivieren, um Bildungsprojekte, die Förderung von Frauenrechten und die Durchsetzung der Pressefreiheit zu unterstützen.

Auch für die öffentliche Sicherheit und zur Bekämpfung des Terrorismus auf der Welt ist eine enge Zusammenarbeit mit den Maghreb-Staaten und weiteren internationalen Partnern unerlässlich. Nur durch einen ganzheitlichen Ansatz können wir zur Stabilisierung der Region beitragen und die Menschenrechte wirksam schützen.

IA13 Wir schützen unseren wichtigsten Baustein: Für mehr Resilienz im Ehrenamt

Gremium: JEF NRW
Beschlussdatum: 04.09.2024

Antragstext

Präambel:

Resilienz heißt, nicht nur stark zu sein, sondern sich auch gegenseitig zu schützen, damit niemand unter der Last zerbricht.

Die JEF Deutschland steht als pro-europäischer Jugendverband für eine aktive politische Partizipation und die Förderung eines demokratischen, sozialen, vielfältigen und föderalen Europas. Um diese Ziele zu verwirklichen, ist das Engagement unserer Mitglieder von zentraler Bedeutung. Während die Vielzahl der Aufgaben, die der Verband zu bewältigen hat, eher zunimmt, nehmen wir gegensätzlich eine Abnahme der aktiven Mitglieder auf vielen Ebenen wahr. Diese Entwicklung birgt aus unserer Sicht die Gefahr einer Überlastung der verbleibenden Aktiven, bis hin zum "Ehrenamts-Burnout", wodurch das Fortbestehen unseres erfolgreichen Vereinslebens gefährdet wird.

Forderungen:

Der Bundeskongress der JEF Deutschland möge daher beschließen:

1. Sensibilität auf allen Ebenen stärken:

Die JEF Deutschland soll eine Kultur der Sensibilität und des offenen Austauschs auf allen Ebenen des Verbandes weiter fördern und stärker in den Fokus nehmen. Veränderungen von persönlichen Kapazitätsgrenzen gehören zur Normalität des Alltags und sollten als solche verstanden sowie in einem unterstützenden Umfeld kommuniziert werden können. Nur im Rahmen einer offenen und verständnisvollen Kommunikation können so Kapazitäten aufgefangen, Aufgaben frühzeitig neu verteilt und die Belastungsgrenzen der Mitglieder respektiert werden. Projekte sollen zum Beispiel so geplant und durchgeführt werden, dass die Realisierung nicht zu Lasten der Gesundheit und des Wohlbefindens der JEFer:innen geht.

27 **2. Jährliches Workshop-Angebot zur Resilienzförderung:**

28 Einmal im Jahr soll ein bundesweit zugänglicher Workshop zum Thema
29 Resilienz und Schutz vor Überlastung angeboten werden. Diese Workshops,
30 nach Vorbild des Resilienz-Workshops beim Online-BA am 15.07.2023, sollen
31 den Mitgliedern der JEF Werkzeuge und Strategien zur Bewältigung von
32 Stress und zur Stärkung der psychischen Gesundheit an die Hand geben.
33 Dabei können z. B. Expert:innen eingeladen werden, um praxisnahe Ansätze
34 zu vermitteln. Außerdem sollte der Austausch zwischen allen JEFer:innen zu
35 den Themen Resilienz, Überlastung im Ehrenamt und Umgang mit schwierigen
36 Situationen im Vordergrund stehen.

- 37 • **Maßnahmen der Verbandsentwicklung-Ressourcen und Wissen besser nutzen :**
38 **Das Wissen von langjährigen und aktiven Mitgliedern muss mehr genutzt und**
39 **an andere weitergegeben werden.**

40 Durch den Austausch von Best Practices und etablierten Konzepten können
41 alle Ebenen entlastet und gestärkt werden. Dazu soll der Bundesverband
42 beitragen, indem er Materialien aus vergangenen Kampagnen bzw. Aktionen
43 bereitstellt und als Ideengeber fungiert. In diesem Sinne muss der
44 Verbands:stoff konsequent genutzt und Gründe für Nicht-Nutzung ermittelt
45 und behoben werden. Auch die Landes- und Kreisebene soll mit bestehenden
46 Konzepten und Vorlagen an den Verbands:stoff angebunden werden. Neue
47 Landesvorstände sollen bei Amtsantritt von der Bundesebene gebrieft
48 werden, Ideen aus der BAG Verbandsentwicklung müssen konsequent bzgl.
49 einer möglichen Umsetzung und ihres Mehrwerts geprüft werden. Durch
50 bessere Kommunikation und die Ermittlung und Behebung von nicht-
51 funktionierenden Kommunikationsflüssen können außerdem Mitglieder
52 reaktiviert werden. Die Verbandsentwicklung muss als Schlüssel für einen
53 nachhaltig erfolgreichen Verband priorisiert werden. Durch mehr
54 Sichtbarkeit nach außen über die typischen JEF-Kreise und Partner hinaus
55 können außerdem neue Mitglieder gewonnen werden.

- 56 • **Selbstfürsorge als gemeinsame verbandsinterne Aufgabe:**

57 Der Erfolg der ehrenamtlichen Arbeit hängt maßgeblich von der Stärke und
58 Gesundheit der einzelnen Verbandsmitglieder ab. Daher sollte
59 Selbstfürsorge als eine gemeinsame Aufgabe innerhalb der JEF verstanden
60 und gefördert werden. Die Mitglieder sollen darin bestärkt werden, auf
61 ihre eigene Gesundheit zu achten und ein ausgewogenes Verhältnis zwischen
62 Engagement und persönlichem Wohlbefinden zu finden.

Begründung

Die JEF Deutschland sieht sich mit einer zunehmenden Belastung der aktiven

Mitglieder konfrontiert. Immer mehr Aufgaben, exemplarisch die Organisation von Veranstaltungen, politische Kampagnen und die Kommunikation auf sozialen Medien, verteilen sich auf immer weniger Schultern. Diese Situation führt nicht nur dazu, dass Projekte schwerer bzw. langsamer zu verwirklichen sind, sondern birgt das Risiko, dass Elan und Spaß an der gemeinsamen Vereinsarbeit schwinden.

Das Ehrenamt ist das Rückgrat unserer Organisation und muss daher besonders geschützt werden. Ohne das Engagement ihrer Mitglieder kann die JEF Deutschland ihre wertvolle Arbeit nur schwer fortführen. Durch gezielte Maßnahmen zur Mitgliederwerbung, eine bessere Aufgabenkoordination und den Schutz vor Überlastung können wir Herausforderungen besser meistern und die langfristige Funktionsfähigkeit unserer Organisation sicherstellen.

Ein solcher Schritt ist nicht nur notwendig, um die Gesundheit und das Wohlbefinden unserer Mitglieder zu gewährleisten, sondern auch, um unsere Ziele und Werte als pro-europäischer Jugendverband erfolgreich zu vertreten und weiterzuverfolgen.

Es ist daher unerlässlich, sowohl die Belastungsgrenzen der Mitglieder zu respektieren als auch eine Kultur der offenen Kommunikation und Unterstützung zu fördern und zu stärken.

IA14 Europas Nuklearer Schutzschirm

Gremium: JEF Kreisverband Tübingen
Beschlussdatum: 06.08.2024

Antragstext

ABSTRACT

Mit Blick auf wachsende sicherheitspolitische Herausforderungen und Unsicherheiten bekennen sich die JEF zur nuklearen Abschreckung und schlagen dazu vor, auf Basis der französischen Atomwaffen einen Dialog über den Aufbau eines nuklearen europäischen Schutzschirms zu beginnen. Dazu sollte klargestellt werden, dass der Beistandsartikel der EU auch den möglichen Einsatz französischer Nuklearwaffen einschließt.

Nukleare Abrüstung bleibt dabei auch weiterhin erklärtes Ziel der JEF. Als Bewegung sehen wir den sinnvollsten Weg in multilateralen Abrüstungsgesprächen. Jedoch besteht bis dahin die Notwendigkeit, die eigene Sicherheit durch nukleare Abschreckung zu garantieren.

ZIEL UND FORDERUNG

Als Europäische Föderalist:innen fordern wir, auf das Gesprächsangebot Macrons einzugehen. In einer europäischen Debatte soll festgestellt werden welche Form einer europäischen nuklearen Abschreckung von französischer Seite aus denkbar ist. Eine Möglichkeit ist, dass Frankreich öffentlich erklärt, dass Artikel 42 Absatz 7 EUV, die Beistandsklausel des Lissabon Vertrages, auch den Einsatz französischer Nuklearwaffen einschließt. Dadurch bekommt auch die EU eine nukleare Komponente, wenn auch noch ohne gemeinsame Befehlsgewalt.

Des Weiteren sollte Deutschland sich dafür einsetzen, auch andere EU-Länder für Gespräche zu diesem Thema zu gewinnen, wobei auch Fragen der finanziellen Lastenteilung eines europäischen Nuklearschirm zu klären sind. Auch dem Vereinigten Königreich sollte ein Angebot unterbreitet werden, an einer neuen europäischen Nuklearstrategie mitzuwirken.

Stärkere Eigenverantwortung Europas soll dabei nicht gleichzeitig die Aufgabe der nuklearen Teilhabe mit den USA bedeuten, sondern Europa weniger abhängig von

27 Entscheidungen in Washington machen. In diesem Sinne könnte Deutschland, als
28 Kompromiss zwischen den französischen Ambitionen und potentiellen
29 osteuropäischen Bedenken, versuchen, einen Beitritt Frankreichs in die Nukleare
30 Planungsgruppe (NPG) der NATO anzuregen. Dadurch wäre die europäische Dimension
31 der französischen nuklearen Abschreckung in die transatlantischen Strukturen
32 eingebunden. Dies wäre ein erster Schritt für die europäische Säule in der NATO.

33 Gleichzeitig bekennen wir uns als JEF weiter zur nuklearen Abrüstung,
34 unterstützen den Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen und setzen uns
35 für die weltweite Abrüstung von Kernwaffen und anderen Massenvernichtungswaffen
36 ein. Allerdings sehen wir den einzig sinnvollen Weg für mehr Sicherheit und
37 weltweite Abrüstung in multilateralen Abrüstungsgesprächen und -verträgen und
38 sprechen uns klar gegen unilaterale Maßnahmen aus, die unsere Sicherheit
39 gefährden, aber anderen Nuklearmächten keine Anreize liefern, ebenfalls
40 abzurüsten.

Begründung

Während Nuklearwaffen seit dem Ende des Kalten Krieges stetig an Bedeutung verloren haben, hat Russlands Krieg gegen die Ukraine ihnen zu einer Renaissance verholfen und einen Anstoß zur Modernisierung der weltweiten Arsenale geliefert. Europa darf dabei nicht nur zusehen, wie um es herum Fakten geschaffen werden. Die wiederholt geäußerten russischen Drohungen eines Einsatzes nuklearer Waffen unterstreichen, dass diese nicht allzu bald aus der Welt verschwinden werden und sich auch Europa um nukleare Abschreckung bemühen muss. Die nukleare Teilhabe mit den Vereinigten Staaten wird dabei weiterhin ein integraler Bestandteil der europäischen Verteidigungs- und Abschreckungsstrategie sein. Allerdings vertrauen gegenwärtig die meisten europäischen Staaten ausschließlich auf die USA, während eine mögliche Trump-Präsidentschaft die damit einhergehenden Unsicherheiten mehr als verdeutlicht hat. Der französische Präsident Macron hat seinen europäischen Partnern daher wiederholt einen strategischen Dialog über die Rolle, die die französischen Nuklearstreitkräfte in der europäischen Sicherheitspolitik spielen könnten, angeboten. Eine ernsthafte Reaktion blieb bisher aus.

Und während der nuklearen Teilhabe mit den USA in der europäischen Verteidigungs- und Abschreckungsstrategie weiterhin eine äußerst große Bedeutung eingeräumt wird, gibt es gute Gründe, für alternative oder ergänzende Optionen offen zu bleiben.

Es stellt sich erstmal die Frage, ob ein amerikanischer Präsident bereit wäre, die Vernichtung des eigenen Landes zu riskieren, um Europa zu schützen. Trump hat dies bereits öffentlich in Zweifel gezogen und seine Drohungen, die europäischen Partner im Stich zu lassen, haben nicht nur eine neue Debatte um nukleare Abschreckung ausgelöst, sondern haben bereits jetzt der Glaubwürdigkeit

der Abschreckung durch die NATO schweren Schaden zugefügt. Sollte ein potenzieller Angreifer zu dem Schluss kommen, dass die Vereinigten Staaten Europa nicht beistehen würden, könnte das fatale Folgen haben.

Dazu kommt ein steigender innenpolitischer Druck auf alle US-Regierungen, vornehmlich amerikanische Interessen zu vertreten. Ein Druck, dem sich selbst der überzeugte Transatlantiker Joe Biden nicht entziehen kann. Und mit dem zunehmenden Fokus der Vereinigten Staaten auf Ostasien und Pazifik wachsen auch die Forderungen an Europa, die eigene Verteidigung selbst in die Hand zu nehmen, auch wenn Trump ein erneuter Einzug ins Weiße Haus nicht gelingt.

Zudem wird die Bedeutung der nuklearen Teilhabe mit den USA oft überschätzt. Es ist wichtig zu beachten, dass sie primär einen symbolischen und allianzpolitischen Wert hat, operativ aber weitestgehend zahnlos ist. Bei den in Deutschland stationierten Nuklearwaffen handelt es sich um Schwerkraftbomben, die von Flugzeugen abgeworfen werden müssten, was sich bei einer intakten (russischen) Luftverteidigung schwierig bis unmöglich gestalten würde. Dies ist auch Europas Gegnern bewusst und dementsprechend verringert ist die abschreckende Wirkung der derzeit in Europa stationierten amerikanischen Waffen.

Stattdessen wären bei einer akuten nuklearen Eskalation nukleare Raketen und Marschflugkörper entscheidend. Frankreich verfügt hier über knapp 300 nukleare Sprengköpfe. Diese bestehen aus ballistischen Raketen, die auf vier U-Boote verteilt sind, sowie luftgestützten Marschflugkörpern. Die breiter gefächerten Abschusssysteme und moderneren Sprengkörper verfügen dadurch über ein deutlich höheres Abschreckungspotenzial als die amerikanischen Schwerkraftbomben.

Daneben verfolgen die USA und Frankreich auch sehr unterschiedliche Nukleardoktrinen und Abschreckungsstrategien. Washington verfolgt eine counterforce-Doktrin und eine deterrence by denial-Strategie ("Abschreckung durch Verwehren"), Paris hingegen eine countervalue-Doktrin und eine deterrence by punishment-Strategie ("Abschreckung durch Bestrafung"). Das bedeutet, dass die USA in der Lage sein wollen, einen begrenzten Nuklearkrieg, mit Nuklearwaffen geringer Sprengkraft sowie verschiedenen Mitteln zur Neutralisierung gegnerischer Nuklearwaffen, führen zu können. Die Abschreckung ergibt sich hierbei daraus, dass einem potentiellen Gegner signalisiert wird, dass er keine militärischen Erfolge gegen die USA erzielen können wird, da diese auf alles adäquat reagieren können und in einem konventionellen Konflikt überlegen sind. Frankreichs Nukleardoktrin sieht hingegen vor, einem Angreifer einen für ihn inakzeptablen Schaden zuzufügen. Das verdeutlicht auch, dass Frankreich, anders als die USA, seine Nuklearwaffen als rein politische Waffe verstanden hat. Es plant nicht dafür, einen Nuklearkrieg zu führen. Stattdessen sind seine Nuklearwaffen die ultimative Drohung und dienen damit als Versicherung seiner Sicherheit sowie seiner Handlungsfreiheit. Dass Frankreich über ein kleineres und weniger vielfältiges Nukleararsenal verfügt, bedeutet

also nicht, dass seine Fähigkeit zur Abschreckung geringer ist, sondern im Gegenteil, dass Frankreichs Strategie einzig und allein darauf abzielt, erst gar keine Nuklearwaffen einsetzen zu müssen.

IA15 75 Jahre JEF im Herzen von Europa: Vision. Reform. Realität.

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 06.09.2024

Antragstext

1 2024 beginnt für die JEF Deutschland ein Jubiläumsjahr. Vor 75 Jahren, vom 2.
2 bis 4. September 1949, kamen auf der Wachenburg bei Weinheim rund 40 junge
3 Menschen zusammen und gründeten den Bund Europäischer Jugend (BEJ), der sich im
4 April 1957 in "Junge Europäische Föderalisten" umbenannte. Aufbauend auf dem
5 föderalistischen Manifest von Ventotene, das bereits 1941 einen europäischen
6 Bundesstaat als positiven Gegenentwurf zum Faschismus und Nationalismus
7 skizziert, setzten wir uns schon früh aktiv und öffentlichkeitswirksam für
8 unsere Vision ein. Gerade in den aktuellen Zeiten, in denen wir ein Erstarren
9 von politischem Extremismus in ganz Europa erkennen können, möchten wir uns zu
10 unserem Jubiläum auf diese Vision zurückbesinnen und diese durch notwendige
11 Reformen Realität werden lassen.

Vision.

12
13 Die föderalistische Bewegung in Deutschland und Europa ist vor allem von den
14 verheerenden Erfahrungen und den Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges sowie die
15 menschenverachtenden Verbrechen des Nationalsozialismus geprägt. Insbesondere
16 als JEF Deutschland tragen wir eine besondere Verantwortung zum #NieWieder.
17 Unsere Vision ist die eines nachhaltigen, friedlichen und vereinten Europas, in
18 dem jeder Mensch frei, gleich und in Würde leben kann. Damals wie heute gilt:
19 Nur ein Europa, das Nationalismus überwindet und an seine Stelle das föderale
20 Europa setzt, das auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und dem Grundsatz der
21 Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz beruht, kann diese Vision
22 verwirklichen.

Reform.

23
24 Im Laufe des europäischen Integrationsprozesses erfuhr die europäische
25 föderalistische Bewegung immer wieder größere und kleinere Rückschläge. Das
26 föderale Europa, wie es im Manifest von Ventotene detailliert skizziert ist, ist
27 daher bis heute noch nicht vollendet. Trotzdem halten wir weiter voller
28 Überzeugung daran fest, und schließen uns den Worten Altiero Spinellis an: "Der
29 Weg, der uns erwartet, wird weder bequem noch sicher sein. Wir müssen ihn jedoch

30 beschreiten, und wir werden es tun!"

31 Obgleich das Europäische Parlament als Herzkammer der europäischen Demokratie
32 sich über die Zeit mehr Rechte in der Gesetzgebung erkämpfte, liegt die
33 Europäische Union weiterhin fest in der Hand der Mitgliedstaaten. Statt echter
34 europäischer Demokratie dominieren nationale Strukturen die europäische
35 Politikgestaltung und erhalten somit eine Perspektive am Leben, die einem echten
36 Zusammenwachsen der europäischen Gemeinschaft entgegensteht. Dies bietet
37 antieuropäischen, nationalen und extremistischen Weltbildern einen Nährboden und
38 führt, wenn man ihnen nicht wirksam begegnet, mittelfristig zum Zerfall der
39 Europäischen Gemeinschaft und damit zum Ende des in Frieden und Freiheit
40 geeinten Europas.

41 So wertvoll und hart erkämpft das Erreichte in der Europäischen Union ist; es
42 reicht bei Weitem nicht aus, wenn es darum geht, die gegenwärtigen Krisen und
43 Kriege zu bewältigen. Es ist für die Zukunft eines geeinten friedlichen,
44 freiheitlichen und demokratischen Europa alternativlos, dass aus unserer Vision
45 des föderalen Europas endlich Realität wird.

46 Realität.

47 Halten wir aber fest: Europa ist auf dem Weg hin zum Europäischen Bundesstaat
48 bereits weit vorangeschritten: offene Grenzen im Schengen-Raum, eine stetige
49 Stärkung des Europäischen Parlaments, eine gemeinsame Währungsunion, ein offener
50 Binnenmarkt, ein europäischer Gerichtshof und vieles mehr.

51 Doch unsere Vision einer echten europäischen Demokratie ist noch lange keine
52 Realität. Denn dafür müssten unter anderem: (1) Der Rat der Staats- und
53 Regierungschefs abgeschafft werden und die Richtlinienkompetenz auf die
54 Europäische Kommission übergehen; (2) die Kommissionspräsident:in alleine vom
55 Parlament und nicht mehr auf Vorschlag der 27 Staats- und Regierungschefs
56 gewählt werden; (3) das Parlament die gleichen Rechte in der Gesetzgebung wie
57 der Ministerrat bekommen und ein einheitliches europäisches Wahlrecht mit
58 transnationalen Listen eingeführt werden

59 Unsere Rolle als Junge Europäische Föderalist:innen ist dabei seit über 75
60 Jahren, diese und weitere notwendige Reformen einzufordern und deren Umsetzung
61 mit Blick auf die Bedürfnisse junger Menschen in Europa kritisch zu begleiten.

62 Aus unserer Sicht muss Europa jetzt stattfinden und zwar mehr denn je, wenn wir
63 die Krisen unserer Zeit bewältigen wollen. Damit unsere Vision Realität wird,
64 fordern wir daher folgende Reformen:

65 1. Kein Raum für politischen Extremismus

66 Die Landtagswahlen in Ostdeutschland dieses Jahr haben der AfD große Zugewinne
67 ermöglicht, in Thüringen ist sie sogar stärkste Kraft. Die AfD ist aber nicht
68 einfach eine normale Partei. Sie ist eine Partei, die Wahlkampf mit
69 Bürgerkriegsrhetorik betreibt und die Gesellschaft spaltet. Sei es Höckes
70 "letzte evolutionäre Chance", oder Chrupallas Aussage, die SPD gehöre endgültig
71 auf den Schaffott. Es ist vor dem Hintergrund nicht verwunderlich, dass $\frac{1}{3}$ der
72 AfD-Anhängerschaft Gewalt gegen politische Gegner befürworten. Es ist daher
73 notwendig, die AfD endlich als die Gefahr zu benennen, die sie ist. Als eine
74 Partei, die um ihre eigenen Ziele zu erreichen, nicht vor körperlicher und
75 psychischer Gewalt zurückschreckt. Als eine Partei, die den öffentlichen Diskurs
76 mit Hass durchseucht. Als eine Partei, die mit allen Mitteln versucht die
77 parlamentarische Demokratie zu untergraben. Einmal gewählt, setzt sie sich mit
78 ihrem Programm weiter fest, wird scheinbar normalisiert, und kann gleichzeitig
79 die demokratischen Institutionen weiter delegitimieren.

80 In diesem Rahmen sind wir als JEF jedoch tätig. Es ist daher unsere Pflicht als
81 europäische Visionäre zukünftigen Europas, auszusprechen, was ist: Die
82 Bundesrepublik sowie die Europäische Union werden angegriffen. Wir müssen daher
83 die Aufklärungsarbeit über das Phänomen des politischen Extremismus verstärken,
84 aber auch konkrete Forderungen an die Politik stellen. Wir brauchen mehr
85 finanzielle Ressourcen für den Kampf gegen Faschismus, was auch bedeutet, die
86 unabhängige demokratische Jugendarbeit gerade im ländlichen Raum stärker zu
87 fördern. Denn überall dort, wo demokratische Kräfte Räume unbesetzt lassen,
88 werden diese von demokratiefeindlichen Akteuren eingenommen. In anderen Worten:
89 wenn der Jugendclub schließt, macht der Nazi ganz schnell einen auf. Klar jedoch
90 ist auch, dass die parlamentarische Demokratie auch außerparlamentarisch
91 verteidigt werden muss. Das bedeutet: Wir brauchen breite Bündnisse und müssen
92 zur Not dahin gehen, wo der Kampf geführt wird.

93 Wir wollen schließlich ein Europa für alle erkämpfen. Unsere größten Waffen in
94 dieser Auseinandersetzung sind zum einen das Wissen, welches bereits im
95 Bundesprojekt Rechtsextremismus erarbeitet wurde. Denn Wissen ist das wirksamste
96 Mittel gegen die Angst. Zum anderen müssen wir uns daran erinnern, dass unsere
97 Vision eine Realistische ist. Wir wollen ein demokratisches Europa, das nicht in
98 der Kompromissbildung zwischen nationalen Regierungen verfault, sondern in dem
99 Politiker:innen verantwortlich sind, die von einem in einer einheitlichen Wahl
100 gewählten europäischen Parlament kontrolliert und abgesetzt werden können. Ein
101 Europa der Bürger:innen - das ist unser Angebot, während die Gegenseite mit
102 Austrittsfantasien aus der EU dem britischen Weg folgen will.

103 2. Schutz, Integration und Repräsentation marginalisierter Gruppen

104 Mit dem Erstarren von politischem Extremismus in Europa geraten zahlreiche
105 marginalisierte Gruppen aber auch die Zivilgesellschaft durch schrumpfende

106 offene Räume zunehmend unter Druck.

107 Die Belange junger Menschen finden in der Politik zu wenig Gehör. Sie leiden
108 unter Wohnungsnot, Inflation, Zukunftsängsten und einer Verschlechterung der
109 mentalen Gesundheit.

110 Gleichzeitig ist die Gleichstellung der Geschlechter ein zentraler Wert der EU,
111 und dennoch sind Gewalt gegen FLINTA* sowie ihre Benachteiligung bspw. auf dem
112 Arbeitsmarkt und in Führungspositionen nach wie vor Realität. Noch immer
113 berichten 33 % der Frauen in der EU, Opfer körperlicher und/oder sexueller
114 Gewalt geworden zu sein, und mehr als die Hälfte hat bereits sexuelle
115 Belästigungen erlebt. Eine verbindliche und einheitliche Gesetzeslage auf
116 europäischer Ebene zum Schutz dieser marginalisierten Gruppen, gibt es nicht, da
117 die Kompetenz darüber bei den Mitgliedstaaten verortet ist. Das muss sich
118 ändern. Hinzu kommt, dass sexuelle und religiöse Minderheiten in verschiedenen
119 Teilen Europas verstärktem Druck und Verfolgung ausgesetzt sind und
120 geschlechtsabhängig Lohngefälle weiterhin zur Realität gehören. Diese Gruppen
121 sind nicht ausreichend in Entscheidungspositionen repräsentiert und können sich
122 oft nicht in gleicher Weise für ihre Bedürfnisse einsetzen. Hierfür müssen
123 Strukturen geschaffen werden, die es Menschen jeden Geschlechts und jeder
124 kulturellen/religiösen Gruppe ermöglichen, sich einzubringen und Verantwortung
125 zu übernehmen. Als JEF Deutschland setzen wir uns entschieden für den Schutz
126 dieser Gruppen ein, insbesondere für jüdisches Leben in Europa wie auch gegen
127 Islamophobie und jede weitere Diskriminierung, und fordern die EU zu verstärkten
128 Maßnahmen auf, um die zugrunde liegenden Machtstrukturen zu hinterfragen und den
129 gesellschaftlichen Wandel voranzutreiben.

130 3. Raum für Erweiterung und die Weiterentwicklung Europas

131 Wir befinden uns in der Entwicklung Europas in einem historischen Moment, weil
132 im Zuge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine neue
133 Erweiterungsperspektiven der Union diskutiert werden und neuen Wind in
134 bestehende Debatten im Westbalkan kommen. Hierbei sind Entscheidungsträger:innen
135 in den Mitgliedstaaten bereit, weitreichende Reformen zu unternehmen, die die
136 Funktionalität einer größeren Union sicherstellen. Nicht so jedoch
137 antidemokratische und extremistische Kräfte in Europa, die den
138 Erweiterungsprozess stoppen und Europa zu einer Festung der Nationalstaaten
139 zurück entwickeln möchten. Hier müssen wir als Föderalist:innen ansetzen, die
140 Position einer vollendeten Europäischen Föderation auf dem gesamten Kontinent
141 verteidigen und Reformdebatten begleiten. Dabei ist es uns besonders wichtig,
142 dass die Perspektive junger Europäer:innen aus den Beitrittsländern strukturell
143 in den Integrationsprozess mit einbezogen werden.

144 Als JEF Deutschland konnten wir uns durch unsere Bundesverbandsfahrten u.a. nach

145 Albanien und in die Republik Moldau und regelmäßige Austausche mit unseren
146 Partnersektionen im östlichen Europa selbst ein umfassendes Bild von den
147 Interessen und Bedürfnissen junger Menschen in dieser Region verschaffen. Wir
148 konnten so aus erster Hand uns von dem beeindruckenden Engagement lokaler
149 Jugendstrukturen überzeugen, aber auch von den Herausforderungen und
150 Schwierigkeiten, die diese Tag für Tag erleben.

151 Wir setzen uns daher dafür ein, dass lokale Jugendstrukturen im Dialog zwischen
152 der Europäischen Kommission und den Regierungen der Beitrittskandidaten
153 konsultiert und beteiligt werden und jugendpolitische Themen als integraler
154 Bestandteil von Demokratieförderung die notwendige Beachtung finden. Darüber
155 hinaus fordern wir eine substanzielle finanzielle Aufstockung der
156 Förderprogramme, die sich an junge Menschen in diesen Regionen richten und
157 zivilgesellschaftliche Strukturen vor Ort durch Capacity Building im Bereich von
158 EU-Kompetenzen schon früh befähigen, ihre Interessen eigenständig und
159 selbstbestimmt gegenüber europäischen Akteuren einbringen zu können. Um das
160 europäische Selbstverständnis der heutigen Generationen junger Menschen zu
161 fördern und nachhaltig zu integrieren, setzen wir uns zudem insbesondere für die
162 stärkere Förderung internationaler Austauschprogramme und die Ausweitung des
163 Erasmus+-Programms auf junge Menschen in diesen Ländern ein.

164 4. Klima; lebenswerte Zukunft für Alle; Ökologie als Priorität

165 Im Lichte der aktuellen ökonomischen und geopolitischen Krisen tritt die
166 Klimakrise immer stärker in den Hintergrund. Fakt ist jedoch, dass der
167 Klimawandel bereits jetzt verheerende Auswirkungen auf unser Zusammenleben hat.
168 Anhaltende Extremphänomene wie Starkregen, Hochwasser, Stürme, Hitze, Brände,
169 Kälte sind bereits jetzt Realität und werden sich langfristig noch weiter
170 verstärken. Die rasante Erwärmung unseres Planeten führt bereits jetzt zu fast
171 unbewohnbaren Regionen. Themen wie Wasser- und Ressourcenknappheit, Artensterben
172 und Umweltverschmutzung haben eine direkte Auswirkung auf unseren Alltag und
173 können zukünftig zu neuen (bewaffneten) Konflikten sowie Migrationsströmen und
174 politischen Extremismen führen. So besteht die Gefahr, dass bestimmte Gruppen
175 die ungleiche Verteilung von Ressourcen für ihre Zwecke nutzen, um ihre
176 antidemokratische und illiberale Weltanschauung zu stärken. Klima und Ökologie
177 müssen daher transversal gedacht werden und dürfen nicht auf das Individuum
178 abgewälzt werden. Friedensförderung, Konfliktprävention, Migration und
179 Sicherheit können, ebenso wie Wirtschaft, nicht ohne klimapolitische Aspekte
180 gedacht und angegangen werden. Wir sind daher davon überzeugt, dass Klima und
181 Ökologie strukturell auf europäischer Ebene transversal und föderal gedacht
182 werden müssen und im Sinne einer lebenswerten Zukunft für alle zur Priorität
183 gemacht werden sollte.

184 5. Geopolitische Rolle der EU

185 Das freie, vereinte und demokratische Europa, unserer Vision , wird nicht nur
186 von politisch extremistischen Kräften innerhalb Europas sondern auch von außen
187 stark attackiert. Schon lange vor der „full-scale-invasion“ russischer
188 Streitkräfte in der Ukraine im Februar 2022 wurde deutlich, dass der russischen
189 Regierung eine andere europäische Ordnung vorschwebt, die auf Repression, Gewalt
190 und Unfreiheit beruht. Die Politik der Zugeständnisse und der Beschwichtigung
191 gegenüber Russland zeigt sich heute in seinen verheerendsten Konsequenzen.
192 Deshalb darf die Unterstützung für die Ukraine heute und bis zum Sieg der
193 Ukraine nicht in Frage gestellt werden. Stattdessen muss sie verstärkt werden,
194 damit sich die ukrainische Bevölkerung weiter gegen den russischen Aggressor zur
195 Wehr setzen kann Denn Fakt ist, dass sie damit nicht zuletzt auch die Sicherheit
196 der europäischen Gemeinschaft mit ihrem Leben verteidigen.

197 Leider zeigt sich die Notwendigkeit einer handlungsfähigeren EU nicht nur am
198 Beispiel der Ukraine sondern in vielen weiteren geopolitischen Konflikten in der
199 Welt . Der wieder aufgeflamte Konflikt im Nahen Osten zwischen dem Staat Israel
200 und der Terrororganisation Hamas oder der anhaltende Konflikt zwischen
201 Azerbaijan und Armenien in unserer europäischen Nachbarschaft bringt die globale
202 Sicherheitsarchitektur an einen Kippunkt. Europa kann dabei seine Rolle nur
203 dann wirkungsvoll ausüben, wenn das Einstimmigkeitsprinzip in Fragen der
204 Außenpolitik abgeschafft und eine effektive europäische Außenpolitik eingesetzt
205 wird, die auf Diplomatie, Zusammenarbeit und multilateralen Beziehungen beruht.

206 Die Idee eines europäischen Föderalismus wie er in der Vision der JEF skizziert
207 wird, kann global Vorbild für die Schaffung und den Erhalt von Frieden sein.
208 Indem Strukturen geschaffen werden, die mehr Beteiligung und mehr
209 Machtverteilung fördern, können lokale und regionale Probleme bürgernah gelöst
210 werden, während globale Herausforderungen und Konflikte auf europäischer Ebene
211 angegangen werden können. Ein europäischer Föderalismus und langfristig
212 Weltföderalismus kann dazu beitragen, Frieden in der Welt zu stärken und zu
213 sichern. Hierzu muss die EU auch in der Lage sein, sich gegenüber anderen
214 Großmächten behaupten und gemeinsam verteidigen zu können wie in unserer Vision
215 eines föderalen Europas von Anfang an angedacht.

Begründung

Erfolgt mündlich.

IA16 Positionierung der JEF Deutschland zum Pakt zu Asyl und Migration

Antragsteller*in: Alina Gosch, Lina Wagner, Dominik Geier,
Valentin Petri, Hanna Trepte (JEF Berlin-
Brandenburg)

Antragstext

1 Als überparteilicher Jugendverband, der sich für ein offenes, wertorientiertes
2 und tolerantes Europa einsetzt, möchten wir erneut unsere ausdrückliche
3 Besorgnis über die menschenrechtliche Lage an den EU-Außengrenzen zum Ausdruck
4 bringen. Der Umgang der Europäischen Union mit geflüchteten Menschen entspricht
5 nicht unserem Anspruch an ein Europa, das dafür steht, nationalstaatliche
6 Grenzen zu überwinden und sich für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit
7 einzusetzen. Dieses Missverhältnis, zu dem wir bereits bei unserem letzten
8 Bundeskongress Stellung genommen haben^[1], kommt insbesondere in dem im April
9 vom Europäischen Parlament beschlossenen Pakt zu Asyl und Migration zum
10 Ausdruck.

11 Fakt ist, dass Migration eine Normalität und eine kulturelle sowie
12 wirtschaftliche Bereicherung der Europäischen Union ist^[2]. Trotz dieser
13 Erkenntnis erklären die Kommission, die Regierungen in den Mitgliedstaaten und
14 eine Mehrheit des Europäischen Parlaments seit Jahren nicht die unübersehbaren
15 Defizite des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, sondern die geflüchteten
16 Menschen selbst zum Problem. Anstatt eine funktionsfähige Alternative zum Dublin-
17 Verfahren zu beschließen, werden immer größere Anstrengungen unternommen, die
18 Einreise für schutzsuchende Menschen unverhältnismäßig zu erschweren und somit
19 Asylgesuche an oftmals lebensgefährliche Fluchtrouten koppelt.

20 Insbesondere möchten wir als JEF Deutschland unsere klare Positionierung zu
21 folgenden Punkten des Pakts zu Asyl und Migration zum Ausdruck bringen:

- 22 1. Jeder Mensch hat ein Recht auf ein individuelles, faires und
23 menschenwürdiges Asylverfahren. Das neue verpflichtende „Grenzverfahren“
24 sieht die Internierung von Menschen aus bestimmten Herkunftsstaaten,
25 darunter Familien mit Kindern, in haftähnlichen Zuständen an der
26 Außengrenze und die Durchführung eines Asylverfahrens in zwölf Wochen vor.
27 Dies widerspricht diesem fundamentalen Recht zutiefst. Insbesondere
28 verurteilen wir auch die mögliche Ausweitung des Grenzverfahrens auf
29 Asylsuchende aller Nationalitäten in Krisenfällen sowie das Fehlen einer

- 30 rechtlichen Möglichkeit, sich gegen die Einstufung in das Grenzverfahren
31 zu wehren.
- 32 2. Wir begrüßen den Ansatz, dass nicht nur die Ankunftsländer, sondern alle
33 Mitgliedstaaten der EU Verantwortung für Asylsuchende übernehmen sollen.
34 Eine nachhaltige Lösung muss jedoch der angespannten Lage an den EU-
35 Außengrenzen Rechnung tragen und echte Solidarität mit Geflüchteten und
36 den Ankunftsstaaten zum Ausdruck bringen. Dies kann nicht gewährleistet
37 werden, wenn Mitgliedstaaten sich durch Investitionen in besseren
38 Grenzschutz von der Aufnahme Asylsuchender freikaufen können und das
39 Dubliner Prinzip beibehalten wird, wonach der Erstankunftsstaat
40 grundsätzlich für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig bleibt.
41 Auch die Mindestzahl von 30.000 Übernahmen von Geflüchteten pro Jahr trägt
42 der angespannten Lage an den Außengrenzen nicht ausreichend Rechnung.
- 43 3. Die Lockerung der Kriterien für sogenannte sichere Drittstaaten und das
44 Fehlen von konkreten Kriterien für Staaten, in die Geflüchtete abgeschoben
45 werden dürfen, verurteilen wir aufs Schärfste. Anstatt zu prüfen, ob
46 legitime Gründe vorliegen, einen Flüchtlingsschutz zu gewähren, werden
47 Menschen in Staaten abgeschoben, in die ihre Sicherheit nicht
48 gewährleistet ist. Dies unterminiert den Schutzanspruch von Verfolgten.
- 49 4. Die Aufnahme von Millionen schutzsuchender Menschen aus der Ukraine hat
50 gezeigt, dass die EU dazu in der Lage ist, würdig, effektiv und
51 solidarisch mit geflüchteten Menschen umzugehen. Wir fordern den gleichen
52 politischen Willen auch für die Aufnahme von Menschen aus allen anderen
53 Teilen der Welt. Ethnische Kriterien dürfen hier keine Rolle spielen.
- 54 5. Die Ideale eines vereinten Europas machen nicht an unseren Außengrenzen
55 halt. Die Fortschritte, die wir im Bereich der Menschenrechte, Demokratie
56 und Rechtsstaatlichkeit für die europäischen Bürger:innen erreicht haben,
57 sind nur dann nachhaltig und glaubhaft, wenn sie inklusiv und konsequent
58 umgesetzt werden. Eine Abschottung der EU nach Innen wie nach Außen hin
59 verurteilt wir aufs Schärfste.
- 60 6. Wir fordern ein Europa, das sich auch international für Demokratie und die
61 Wahrung von Menschenrechten einsetzt. Dies kann nur dann glaubhaft
62 geschehen, wenn die EU bereit ist, ihre moralischen Standards selbst
63 umzusetzen. Die aktuelle europäische Grenzpolitik beschädigt nicht nur die
64 internationale Integrität und Glaubwürdigkeit Europas, sondern wird auf
65 Kosten humanitärer Mindeststandards für schutzsuchende Menschen betrieben.
- 66 7. Als JEF Deutschland stehen wir für die Vision eines geeinten Europa, das
67 für alle Menschen offen ist und in dem die Rechte aller Menschen, egal ob
68 Unionsbürger:innen oder nicht, gleichermaßen geachtet und geschützt

69 werden.

70 [\[1\]https://www.jef.de/dokumente/fuer-menschenrechte-und-sicherheit-an-europas-
aussengrenzen/](https://www.jef.de/dokumente/fuer-menschenrechte-und-sicherheit-an-europas-
71 aussengrenzen/)

72 [\[2\]https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:85ff8b4f-ff13-11ea-b44f-
01aa75ed71a1.0001.02/DOC_3&format=PDF](https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:85ff8b4f-ff13-11ea-b44f-
73 01aa75ed71a1.0001.02/DOC_3&format=PDF)

Begründung

Am 10. April 2024 wurde der Neue Pakt für Asyl und Migration mit einer knappen Mehrheit vom EU-Parlament verabschiedet^[1]. Unter anderem sieht es die Einführung von sogenannten **Grenzverfahren** vor, in die alle Asylsuchenden fallen, die einer Nationalität mit einer durchschnittlichen Anerkennungsquote von unter 20% angehören. Während des Grenzverfahrens, das nicht länger als 12 Wochen dauern soll, werden sie an Lagern an den EU-Außengrenzen festgehalten, die sie nicht verlassen dürfen. Diese haftähnlichen Bedingungen gelten auch für Familien mit Kindern. In sogenannten Krisensituationen kann das Grenzverfahren auch für Geflüchtete angewendet werden, deren Anerkennungsquote höher ist als 20% und die zeitlichen Fristen können verlängert werden.

Darüber hinaus sieht der Pakt einen verpflichtenden, aber flexiblen **Solidaritätsmechanismus** vor: Nach wie vor sind die Ankunftsstaaten für die Durchführung des Asylverfahrens zuständig, allerdings sind andere Mitgliedstaaten verpflichtet, Asylbewerbende zu übernehmen oder sich in einer anderen Weise solidarisch zu zeigen. Dies kann jedoch auch in Form von Unterstützung bei der Abschiebung abgelehnter Asylbewerbender oder der finanziellen Unterstützung von Drittstaaten wie Libyen beim Ausbau ihres Grenzschutzes erfolgen.

Die Kriterien für sogenannte **sichere Drittstaaten**, in die Geflüchtete abgeschoben werden dürfen, werden durch den Pakt weiter gelockert. So wird es beispielsweise möglich, Menschen in Staaten abzuschieben, die die Genfer Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet haben und in denen ein Flüchtlingsschutz daher nicht sichergestellt ist.

Nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine hat sich der Rat der EU sehr schnell und unbürokratisch darauf geeinigt, die **Richtlinie für vorübergehenden Schutz** (bis 2022 „Massenzustrom-Richtlinie“) zu aktivieren. Mit dieser erhalten alle Geflüchtete aus der Ukraine sofortigen Schutzstatus und soziale Rechte wie beispielsweise Zugang zum Arbeitsmarkt^[2]. Ein ähnlicher politischer Wille fehlt bislang für Geflüchtete aus anderen Nationen. 2015 wurde die Richtlinie beispielsweise nicht aktiviert.

Wir sind als JEF stolz darauf, für ein Europa einzustehen, das sich als Friedensprojekt versteht und mit seinen offenen inneren Grenzen sinnbildlich für Vielfalt und Offenheit steht. Gerade deswegen ist es essenziell, dass wir als Verein eine starke Position zu der humanitären Krise an unseren Außengrenzen einnehmen. Unsere Vision von einem grenzenlosen Europa muss alle Menschen einschließen, unabhängig davon, wo sie geboren wurden.

[1]<https://ecre.org/editorial-all-pact-ed-up-and-ready-to-go-eu-asylum-law-reforms/>

[2]<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2023/09/28/ukrainian-refugees-eu-member-states-agree-to-extend-temporary-protection/>

IA17 Magnetschwebbahnnetz für Europa – ein tragfähiges europäisches Infrastrukturnetz

Antragsteller*in: Björn Resch (LV Hessen)

Antragstext

- 1 1. Die JEF Deutschland fordern ein europäisches Magnetschwebbahn-Netz auf
2 Basis der DB-Studie zum Metropolitan Network zur Schaffung eines
3 europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes.
- 4 2. Zunächst soll dafür eine europäisch einheitliche Bau- und Betriebsordnung
5 für Magnetschwebbahnen erarbeitet und erlassen werden, um einen
6 europaweit einheitlichen und kompatiblen Betrieb sicherzustellen.
- 7 3. Im nächsten Schritt wird von der EU ein Magnetschwebbahn Infrastruktur
8 Betreiber zum Bau und Betrieb der Infrastruktur gegründet. Die
9 Infrastruktur soll in staatlicher Hand bleiben. Mitgliedstaaten ist es
10 erlaubt eigene Eisenbahninfrastruktur Unternehmen für Magnetschwebbahnen
11 zu gründen. Sie unterliegen der EU-Bau- und Betriebsordnung für
12 Magnetschwebbahnen und sind vertraglich verpflichtet die von der EU
13 geplante Trassen zu bauen, die vorgegebene Kapazität bereit zu halten.
- 14 4. Eine erste Pilotstrecke soll international über mindestens 2 EU-Staaten
15 nach einer positiven Wirtschaftlichkeitsprüfung gebaut werden.
- 16 5. Die Magnetschwebbahn Infrastruktur sollte nicht nur dem Personenverkehr,
17 sondern auch für Güter- und Schwerlasttransporte ausgelegt werden.
- 18 6. Gleichzeitig soll die Magnetschwebbahn-Forschung wieder nach Europa
19 geholt werden, um Erfahrungen für weitere Strecken und neue Transrapid-
20 Modelle zu sammeln.

Begründung

Karte:

<https://www.deutschebahn.com/resource/blob/10878414/81e0ce2e9fca11478e6c8f9929f6->

[ca77/Bild_Metropolitan-Network-data.pdf](#)

Infrastruktur ist essenziell, um enger zusammen zu wachsen. In Europa besteht noch viel Ausbau bedarf. Nach einer DB- Studie fehlt in Europa noch 2/3 der Infrastruktur für ein Bahn Hochgeschwindigkeitsnetz für Europa. Vor allem in Mittel und Osteuropa. Da klimaneutrales Fliegen noch nicht in der Sicht ist, wäre ein HGV-Bahnnetz von Bedeutung. Aber auch zur Stärkung der Wirtschaft in Infrastrukturschwachen Regionen.

Um das europäische Schienennetz zusammenwachsen zu lassen, werden derzeit enorme Anstrengungen unternommen, da jedes Land ein anderes Stromsystem wie auch Zugbeeinflussungssystem herrscht. Auch Einstiegshöhen sind unterschiedlich. Lediglich die Zugbeeinflussung lässt sich realistisch einheitlich umrüsten. Übrig bleibt ein Flickenteppich, der wohl bis Ende des Jahrhunderts langsam als Kompromiss Flickenteppich zusammenwächst.

Selbst das Deutsche Schienennetz ist völlig überlastet und bedarf weiteren Ausbau. Der Point of no return ist noch nicht gegeben.

Der Vorteil von Magnetschwebbahnen besteht nicht nur in der höheren Reisegeschwindigkeit. Bau und Betriebskosten sind zu herkömmlichen HGV-Bahnen gleich. Durch die höheren Geschwindigkeiten ließen sich größere Entfernungen überbrücken. Aber auch mehr Haltestellen einfügen, da die Beschleunigung viel höher ist als bei Rad Schiene. Durch das Wegfallen von Oberleitungen und dem Schienenkontakt sind Magnetschwebbahnen weniger störanfällig und zuverlässiger. Auch nutzt sich die Trasse weniger ab. In Deutschland muss derzeit das Kernnetz bis 2030 Kernsaniert werden. Hochgeschwindigkeitstrassen müssen ca. alle 30 Jahren komplett saniert werden. Eine Magnetbahntrasse hält 100 Jahre und länger.

Magnetbahntrassen schaffen mehr Steigungen und engere Radien, was die Trassierung in bergigen Regionen billiger und in Ballungszentren leichter macht.

Die aufgeständerte Bauart durchtrennt die Landschaft weniger für Mensch und Tier und würde einen autonomen Betrieb ermöglichen, welcher bisher nur bei komplett von der Umwelt isolierten U-Bahn Strecken wie jener in Nürnberg möglich ist.

Der letzte Vorteil wäre die massive Entlastung bisheriger Bahntrassen. Insbesondere in Deutschland muss zu viel Schwerlastverkehr auf Straßen ausweichen.

IA18 Gebt der Jugend eine Stimme!

Antragsteller*in: Dominik Geier

Antragstext

1 Als einer der größten nationalen proeuropäischen Jugendverbände ist es uns ein
2 besonderes Anliegen, dass junge Menschen an politischen Entscheidungen beteiligt
3 werden. Mit Begeisterung haben wir daher zur Kenntnis genommen, dass die
4 Europäische Kommission am 10. Januar 2024 einen weltweit einzigartigen Youth
5 Check angekündigt hat, der alle künftigen Legislativakte auf ihre
6 Jugendverträglichkeit kontrollieren soll. Ernüchtert müssen wir allerdings
7 feststellen, dass wir dem Youth Check seitdem keinen Schritt näher gekommen
8 sind.

9 Die Kommission hat wieder einmal gezeigt, dass sie großen Worten kaum Taten
10 folgen lässt. Das Europäische Jahr der Jugend 2022 stößt am Ende bei vielen
11 jungen Menschen auf Enttäuschung, da erneut viel zu oft über junge Menschen und
12 nicht mit jungen Menschen geredet wurde. Auch die Konferenz zur Zukunft Europas,
13 die zu großen Teilen durch junge Menschen geprägt wurde, verstaubt aufgrund
14 einer mangelhaften politischen Vorbereitung und Durchführung der Konferenz im
15 Berlaymont.

16 Die Vernachlässigung der Jugend in der Politik ist insbesondere auf europäischer
17 Ebene gefährlich. Die ablehnende Haltung gegenüber Europa und der Wahlerfolg
18 diversitäts- und demokratiefeindlichen Parteien sowohl bei nationalen Wahlen als
19 auch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni ist auch auf eine
20 zunehmend von der Politik frustrierte Jugend zurückzuführen. Die Kommission wäre
21 daher gut beraten, ihr eine hörbare Stimme zu geben. Denn die Europäische Union
22 steht vor massiven Herausforderungen in der Zukunft – unserer Zukunft.

23 Daher fordern wir:

24 1. Die Ausarbeitung eines Youth Checks, der seinen Namen verdient hat und den
25 Ansprüchen gerecht wird. Er soll den jungen Menschen ermöglichen, ihre
26 Interessen einbringen und durchsetzen können und ihrer Stimme ein ernsthaftes
27 Gewicht verleihen. Dazu gehört insbesondere die Einbeziehung paneuropäischer
28 Jugendorganisationen wie den Jungen Europäischen Föderalist:innen oder dem
29 European Youth Forum, die seit Jahren die Interessen junger Menschen sammeln und
30 bündeln.

31 2. Die Europäische Kommission muss ihren Worten Taten folgen lassen. Es reicht
32 nicht aus, zu betonen, wie wichtig die Jugend ist, es muss auch mit
33 entsprechenden Maßnahmen gezeigt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich.

IA20 IA11 (GA): Offene Grenzen statt Schlagbäume: Gegen die politische Instrumentalisierung von Schengen

Gremium: JEF NRW, JEF Hessen, JEF BaWü
Beschlussdatum: 28.09.2024

Antragstext

1 Der 16. September 2024 markiert einen neuen Tiefpunkt der deutschen
2 Europapolitik. Mit der Einführung von Grenzkontrollen an sämtlichen deutschen
3 Außengrenzen greift die Bundesregierung die Freizügigkeit als eine der größten
4 Errungenschaften der Europäischen Union an.

5 Von Beginn an stand im Zentrum des im kommenden Jahr seit vierzig Jahren
6 geltenden Schengener Grenzkodexes der fundamentale Grundsatz, dass die
7 Freizügigkeit innerhalb der EU ein grundlegendes Prinzip darstellt, das nur in
8 Ausnahmefällen eingeschränkt werden darf. Grenzkontrollen an den EU-
9 Binnengrenzen sollten demnach lediglich als letztes Mittel in besonderen
10 Situationen eingesetzt werden.

11 Spätestens seit der sogenannten "Flüchtlingskrise" von 2015 ist dieser
12 Grundpfeiler jedoch durch das Vorgehen der Mitgliedstaaten nicht mehr
13 wiederzuerkennen: Unter Verweis auf immer neue Bedrohungslagen werden
14 Grenzkontrollen regelmäßig wieder eingeführt und verlängert. Auch wenn es im
15 Einzelfall durchaus legitime Gründe geben mag, so drängt sich doch in vielen
16 Fällen der Eindruck auf, dass gezielt nach Vorwänden gesucht wurde und wird, um
17 Grenzkontrollen zu rechtfertigen. Auch die im Zuge der COVID-19-Pandemie
18 umfassend erfolgten Schließungen der Binnengrenzen führten zu einer weiteren
19 Relativierung des Grundsatzes der offenen Grenzen und Freizügigkeit. Unter
20 anderem aufgrund dieser neuen Herausforderungen wurde im Mai 2024 der Schengener
21 Grenzkodex aktualisiert.

22 Wir beobachten, dass die Aktualisierung des Kodex aus dem Jahr 2024 nichts daran
23 ändert, dass es häufig an einer klaren Relation zwischen Anlass und Umfang der
24 Kontrollen sowie an einer fundierten Begründung des Bedarfs mangelt.

25 Diese Praxis steht im klaren Widerspruch zu den Bestimmungen des Kodexes, der
26 Grenzkontrollen nur „unter außergewöhnlichen Umständen“, als „letztes Mittel“
27 und nur in dem Maße erlaubt, wie es „zur Bewältigung der ernsthaften Bedrohung
28 unbedingt erforderlich ist“ (Art. 25 Abs. 1 und 2). Diese Vorgaben werden durch

29 die Mitgliedstaaten systematisch missachtet.

30 Spätestens seit dem 16. September 2024 reiht sich auch Deutschland ein in die
31 Staaten, die sowohl den Geist, als auch die rechtlichen Grenzen des Kodexes
32 systematisch missachten. Und das unter Applaus von Rechtsextremist:innen sowie
33 Populist:innen auf nationaler wie internationaler Ebene.

34 Angesichts dieser Entwicklungen und Trends, die wir jüngst vor allem – aber
35 nicht nur – in Deutschland beobachten, sind wir als Junge Europäische
36 Föderalist:innen Deutschland besorgt darüber, wie fahrlässig mit einer der
37 größten Errungenschaften Europas umgegangen wird. Wir nehmen nicht hin, dass der
38 Stellenwert des Schengener Grenzkodexes durch politische
39 Entscheidungsträger:innen zunehmend verwässert und zum politischen Spielball
40 gemacht wird!

41 Anknüpfend an unsere bereits 2016 gestartete Aktion #Don'tTouchMySchengen und
42 unsere Beschlüsse zur Stärkung des Schengenraums aus den Jahren 2016 und 2019
43 **stellen** wir mit aller Deutlichkeit **fest**:

44 1. **Die in Deutschland angeordneten Grenzkontrollen sind populistische**
45 **Symbolpolitik.** Derzeit dienen die Kontrollen an den Binnengrenzen –
46 insbesondere in Deutschland – dazu, den Anschein von Handlungsfähigkeit zu
47 wahren. Die Gewerkschaft der Polizei stellt selbst nach wenigen Tagen
48 frühzeitig als erstes Zwischenfazit fest, dass sie kaum ihre
49 vorprognostizierte Wirkung zeigen. Mit den Kontrollen oder Forderungen
50 nach ihnen will man dem gesellschaftlichen Druck nachgeben und politische
51 Forderungen kommunizieren, ohne aber inhaltliche Entscheidungen zu
52 treffen. Grenzkontrollen werden reflexartig und vorschnell als
53 vermeintliche Lösungen präsentiert, bloß um die öffentliche Meinung zu
54 beeinflussen und politische Mehrheiten zu sichern. Dass der
55 Bundesregierung als Antwort auf die Wahlergebnisse in Thüringen und
56 Sachsen im September 2024 nichts anderes einfiel, als der AfD
57 nachzueifern, betrachten wir als Kapitulation. Nicht nur verlieren die
58 proeuropäisch ausgerichteten und demokratischen Parteien sowie die von
59 ihnen getragenen Regierungen national wie international an
60 Glaubwürdigkeit, wenn sie populistische – nachweislich ineffektive –
61 Vorschläge übernehmen. Sie drohen auch im Kampf gegen antidemokratische
62 Kräfte zu unterliegen. Dies befeuert Spannungen und Ressentiments.

63 2. **Die Einführung von Grenzkontrollen ist keine Kompensation für andere**
64 **politische Versäumnisse.** Die Einführung von Grenzkontrollen und die
65 Forderung nach ihnen verschleiern die eigentlichen Probleme und
66 langjährigen politischen Versäumnisse. Die Entwicklung nachhaltiger und
67 ganzheitlicher Lösungen wird so verhindert. Grenzkontrollen dürfen nicht

68 eingeführt werden, um fehlende Ausstattung, Überforderung und mangelnde
69 Vorbereitung bei nationalen Behörden auszugleichen. Zudem darf dem
70 Versäumnis einer dringend notwendigen Erarbeitung und Vereinheitlichung
71 eines menschenwürdigen Asylsystems sowie der fehlenden politischen
72 Willenskraft hierfür nicht mit der vermeintlich wirksamen Symbolik der
73 Kontrolle von Binnengrenzen begegnet werden.

74 Deshalb **fordern wir**:

- 75 1. **Die Bundesregierung muss alle Grenzkontrollen umgehend beenden.** Sie hat
76 für die entstandenen Unstimmigkeiten bei unseren europäischen
77 Nachbarländern die Verantwortung zu übernehmen und jetzt wie zukünftig
78 jeden nationalen Alleingang in Bezug auf gesamteuropäische Angelegenheiten
79 zu unterlassen.

- 80 2. **Bekennnis zu offenen Grenzen.** Die Bundesregierung muss sich
81 unmissverständlich und konsequent zur uneingeschränkten Freizügigkeit als
82 Grundpfeiler der Europäischen Union bekennen. Sie muss ihren
83 Koalitionsvertrag, in dem sie noch zum Ziel gesetzt hatte, die "Integrität
84 des Schengenraumes wiederherzustellen" und sich mit ihren europäischen
85 Partnern abzustimmen, umsetzen. Angesichts der Tatsache, dass in
86 Deutschland, aber auch in allen anderen Mitgliedstaaten, Grenzkontrollen
87 normalisiert und sogar als positiv angesehen werden, bedarf es einer
88 fundamentalen Neuausrichtung des Grundverständnisses von Grenzen und
89 Offenheit in Europa.

- 90 3. **Bewahrung des Regel-Ausnahme-Verhältnisses.** Bei jeder politischen und
91 verwaltungsinternen Entscheidung braucht es einen unumstößlichen
92 Ausgangspunkt: Grenzkontrollen müssen die Ausnahme bleiben und als solche
93 benannt werden.

- 94 4. **Ausnahmegründe für Kontrollen dürfen nicht missbraucht werden.** Die – auch
95 nach den kürzlichen Änderungen des Schengener Grenzkodex fortbestehenden –
96 vagen und weit gefassten Formulierungen der Ausnahmegründe für die
97 Einführung von Grenzkontrollen dürfen nicht für nationale Agenden
98 ausgenutzt werden. Ausnahmegründe für Grenzkontrollen dürfen nicht
99 vorschnell angenommen, überdehnt, pauschalisiert oder inflationär
100 angewendet werden. Beispielsweise einmal vorhandene sachlich gegebene
101 Gründe für die zeitlich eng begrenzte Einführung von Grenzkontrollen, etwa
102 die Olympischen Spiele in Paris, dürfen in der politischen Diskussion
103 nicht zum Anlass genommen werden, um eine Fortdauer oder Neueinführung von

104 Kontrollen zu fordern. Ein bloß abstraktes Gefährdungsrisiko rechtfertigt
105 weder kurz- noch langfristige Grenzkontrollen.

106 **5. Die Anordnung von Grenzkontrollen durch Mitgliedsstaaten muss von einer**
107 **Genehmigung durch die Europäische Kommission abhängig gemacht werden.** Die
108 aktuell bestehende bloße Mitteilungspflicht gegenüber der Kommission
109 ermöglicht nationalen Missbrauch. Es muss bereits vor der Einführung von
110 Grenzkontrollen objektiv überprüft werden, ob diese im Einklang mit
111 europäischen Recht stehen und tatsächlich gerechtfertigt sind.
112 Insbesondere stellt die Prüfung durch die Kommission als Hüterin der EU-
113 Verträge und neutrale Instanz sicher, dass Grenzkontrollen nicht für
114 nationale Agenden instrumentalisiert werden.

115 **6. Konsequente und frühzeitige Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren.**
116 Die Europäische Kommission muss im Fall der missbräuchlichen Anordnung von
117 Grenzkontrollen die darin liegende Verletzung der EU-Grundfreiheit der
118 Freizügigkeit konsequent verfolgen und den EuGH anrufen. Insbesondere darf
119 sie hierbei nicht davor zurückschrecken, sich in nationale
120 gesellschaftspolitische Debatten einzumischen.

121 Der geringe Stellenwert, den die Mitgliedstaaten und insbesondere jüngst auch
122 die Bundesregierung der Errungenschaft der offenen Grenzen beimessen, zeigt für
123 uns als Junge Europäische Föderalist:innen einmal mehr die Notwendigkeit der
124 Schaffung einer Europäischen Verfassung. Diese muss die Freizügigkeit als
125 elementares Grundrecht enthalten. Nur so würde der Freizügigkeit in Europa die
126 Bedeutung zukommen, die sie für jede:n einzelne:n in Europa tatsächlich bereits
127 aktuell hat. Denn unser Europa baut Brücken, keine Grenzzäune. Unser Europa
128 steht für Solidarität und Zusammenarbeit, für gemeinsame Lösungen statt
129 nationaler Alleingänge. Und: Unser Europa darf nicht die wildesten Träume von
130 Faschist:innen und Populisten wahr werden lassen.

Begründung

erfolgt mündlich

IA20 IA11 (GA): Offene Grenzen statt Schlagbäume: Gegen die politische Instrumentalisierung von Schengen

Gremium: JEF NRW, JEF Hessen, JEF BaWü
Beschlussdatum: 28.09.2024

Antragstext

1 Der 16. September 2024 markiert einen neuen Tiefpunkt der deutschen
2 Europapolitik. Mit der Einführung von Grenzkontrollen an sämtlichen deutschen
3 Außengrenzen greift die Bundesregierung die Freizügigkeit als eine der größten
4 Errungenschaften der Europäischen Union an.

5 Von Beginn an stand im Zentrum des im kommenden Jahr seit vierzig Jahren
6 geltenden Schengener Grenzkodexes der fundamentale Grundsatz, dass die
7 Freizügigkeit innerhalb der EU ein grundlegendes Prinzip darstellt, das nur in
8 Ausnahmefällen eingeschränkt werden darf. Grenzkontrollen an den EU-
9 Binnengrenzen sollten demnach lediglich als letztes Mittel in besonderen
10 Situationen eingesetzt werden.

11 Spätestens seit der sogenannten "Flüchtlingskrise" von 2015 ist dieser
12 Grundpfeiler jedoch durch das Vorgehen der Mitgliedstaaten nicht mehr
13 wiederzuerkennen: Unter Verweis auf immer neue Bedrohungslagen werden
14 Grenzkontrollen regelmäßig wieder eingeführt und verlängert. Auch wenn es im
15 Einzelfall durchaus legitime Gründe geben mag, so drängt sich doch in vielen
16 Fällen der Eindruck auf, dass gezielt nach Vorwänden gesucht wurde und wird, um
17 Grenzkontrollen zu rechtfertigen. Auch die im Zuge der COVID-19-Pandemie
18 umfassend erfolgten Schließungen der Binnengrenzen führten zu einer weiteren
19 Relativierung des Grundsatzes der offenen Grenzen und Freizügigkeit. Unter
20 anderem aufgrund dieser neuen Herausforderungen wurde im Mai 2024 der Schengener
21 Grenzkodex aktualisiert.

22 Wir beobachten, dass die Aktualisierung des Kodex aus dem Jahr 2024 nichts daran
23 ändert, dass es häufig an einer klaren Relation zwischen Anlass und Umfang der
24 Kontrollen sowie an einer fundierten Begründung des Bedarfs mangelt.

25 Diese Praxis steht im klaren Widerspruch zu den Bestimmungen des Kodexes, der
26 Grenzkontrollen nur „unter außergewöhnlichen Umständen“, als „letztes Mittel“
27 und nur in dem Maße erlaubt, wie es „zur Bewältigung der ernsthaften Bedrohung
28 unbedingt erforderlich ist“ (Art. 25 Abs. 1 und 2). Diese Vorgaben werden durch

29 die Mitgliedstaaten systematisch missachtet.

30 Spätestens seit dem 16. September 2024 reiht sich auch Deutschland ein in die
31 Staaten, die sowohl den Geist, als auch die rechtlichen Grenzen des Kodexes
32 systematisch missachten. Und das unter Applaus von Rechtsextremist:innen sowie
33 Populist:innen auf nationaler wie internationaler Ebene.

34 Angesichts dieser Entwicklungen und Trends, die wir jüngst vor allem – aber
35 nicht nur – in Deutschland beobachten, sind wir als Junge Europäische
36 Föderalist:innen Deutschland besorgt darüber, wie fahrlässig mit einer der
37 größten Errungenschaften Europas umgegangen wird. Wir nehmen nicht hin, dass der
38 Stellenwert des Schengener Grenzkodexes durch politische
39 Entscheidungsträger:innen zunehmend verwässert und zum politischen Spielball
40 gemacht wird!

41 Anknüpfend an unsere bereits 2016 gestartete Aktion #Don'tTouchMySchengen und
42 unsere Beschlüsse zur Stärkung des Schengenraums aus den Jahren 2016 und 2019
43 **stellen** wir mit aller Deutlichkeit **fest**:

44 1. **Die in Deutschland angeordneten Grenzkontrollen sind populistische**
45 **Symbolpolitik.** Derzeit dienen die Kontrollen an den Binnengrenzen –
46 insbesondere in Deutschland – dazu, den Anschein von Handlungsfähigkeit zu
47 wahren. Die Gewerkschaft der Polizei stellt selbst nach wenigen Tagen
48 frühzeitig als erstes Zwischenfazit fest, dass sie kaum ihre
49 vorprognostizierte Wirkung zeigen. Mit den Kontrollen oder Forderungen
50 nach ihnen will man dem gesellschaftlichen Druck nachgeben und politische
51 Forderungen kommunizieren, ohne aber inhaltliche Entscheidungen zu
52 treffen. Grenzkontrollen werden reflexartig und vorschnell als
53 vermeintliche Lösungen präsentiert, bloß um die öffentliche Meinung zu
54 beeinflussen und politische Mehrheiten zu sichern. Dass der
55 Bundesregierung als Antwort auf die Wahlergebnisse in Thüringen und
56 Sachsen im September 2024 nichts anderes einfiel, als der AfD
57 nachzueifern, betrachten wir als Kapitulation. Nicht nur verlieren die
58 proeuropäisch ausgerichteten und demokratischen Parteien sowie die von
59 ihnen getragenen Regierungen national wie international an
60 Glaubwürdigkeit, wenn sie populistische – nachweislich ineffektive –
61 Vorschläge übernehmen. Sie drohen auch im Kampf gegen antidemokratische
62 Kräfte zu unterliegen. Dies befeuert Spannungen und Ressentiments.

63 2. **Die Einführung von Grenzkontrollen ist keine Kompensation für andere**
64 **politische Versäumnisse.** Die Einführung von Grenzkontrollen und die
65 Forderung nach ihnen verschleiern die eigentlichen Probleme und
66 langjährigen politischen Versäumnisse. Die Entwicklung nachhaltiger und
67 ganzheitlicher Lösungen wird so verhindert. Grenzkontrollen dürfen nicht

68 eingeführt werden, um fehlende Ausstattung, Überforderung und mangelnde
69 Vorbereitung bei nationalen Behörden auszugleichen. Zudem darf dem
70 Versäumnis einer dringend notwendigen Erarbeitung und Vereinheitlichung
71 eines menschenwürdigen Asylsystems sowie der fehlenden politischen
72 Willenskraft hierfür nicht mit der vermeintlich wirksamen Symbolik der
73 Kontrolle von Binnengrenzen begegnet werden.

74 Deshalb **fordern wir**:

- 75 1. **Die Bundesregierung muss alle Grenzkontrollen umgehend beenden.** Sie hat
76 für die entstandenen Unstimmigkeiten bei unseren europäischen
77 Nachbarländern die Verantwortung zu übernehmen und jetzt wie zukünftig
78 jeden nationalen Alleingang in Bezug auf gesamteuropäische Angelegenheiten
79 zu unterlassen.

- 80 2. **Bekennnis zu offenen Grenzen.** Die Bundesregierung muss sich
81 unmissverständlich und konsequent zur uneingeschränkten Freizügigkeit als
82 Grundpfeiler der Europäischen Union bekennen. Sie muss ihren
83 Koalitionsvertrag, in dem sie noch zum Ziel gesetzt hatte, die "Integrität
84 des Schengenraumes wiederherzustellen" und sich mit ihren europäischen
85 Partnern abzustimmen, umsetzen. Angesichts der Tatsache, dass in
86 Deutschland, aber auch in allen anderen Mitgliedstaaten, Grenzkontrollen
87 normalisiert und sogar als positiv angesehen werden, bedarf es einer
88 fundamentalen Neuausrichtung des Grundverständnisses von Grenzen und
89 Offenheit in Europa.

- 90 3. **Bewahrung des Regel-Ausnahme-Verhältnisses.** Bei jeder politischen und
91 verwaltungsinternen Entscheidung braucht es einen unumstößlichen
92 Ausgangspunkt: Grenzkontrollen müssen die Ausnahme bleiben und als solche
93 benannt werden.

- 94 4. **Ausnahmegründe für Kontrollen dürfen nicht missbraucht werden.** Die – auch
95 nach den kürzlichen Änderungen des Schengener Grenzkodex fortbestehenden –
96 vagen und weit gefassten Formulierungen der Ausnahmegründe für die
97 Einführung von Grenzkontrollen dürfen nicht für nationale Agenden
98 ausgenutzt werden. Ausnahmegründe für Grenzkontrollen dürfen nicht
99 vorschnell angenommen, überdehnt, pauschalisiert oder inflationär
100 angewendet werden. Beispielsweise einmal vorhandene sachlich gegebene
101 Gründe für die zeitlich eng begrenzte Einführung von Grenzkontrollen, etwa
102 die Olympischen Spiele in Paris, dürfen in der politischen Diskussion
103 nicht zum Anlass genommen werden, um eine Fortdauer oder Neueinführung von

104 Kontrollen zu fordern. Ein bloß abstraktes Gefährdungsrisiko rechtfertigt
105 weder kurz- noch langfristige Grenzkontrollen.

106 **5. Die Anordnung von Grenzkontrollen durch Mitgliedsstaaten muss von einer**
107 **Genehmigung durch die Europäische Kommission abhängig gemacht werden.** Die
108 aktuell bestehende bloße Mitteilungspflicht gegenüber der Kommission
109 ermöglicht nationalen Missbrauch. Es muss bereits vor der Einführung von
110 Grenzkontrollen objektiv überprüft werden, ob diese im Einklang mit
111 europäischen Recht stehen und tatsächlich gerechtfertigt sind.
112 Insbesondere stellt die Prüfung durch die Kommission als neutrale Instanz
113 sicher, dass Grenzkontrollen nicht für nationale Agenden
114 instrumentalisiert werden.

115 **6. Konsequente und frühzeitige Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren.**
116 Die Europäische Kommission muss im Fall der missbräuchlichen Anordnung von
117 Grenzkontrollen die darin liegende Verletzung der EU-Grundfreiheit der
118 Freizügigkeit konsequent verfolgen und den EuGH anrufen. Insbesondere darf
119 sie hierbei nicht davor zurückschrecken, in nationale
120 gesellschaftspolitische Debatten einzugreifen.

121 Der geringe Stellenwert, den die Mitgliedstaaten und insbesondere jüngst auch
122 die Bundesregierung der Errungenschaft der offenen Grenzen beimessen, zeigt für
123 uns als Junge Europäische Föderalist:innen einmal mehr die Notwendigkeit der
124 Schaffung einer Europäischen Verfassung. Diese muss die Freizügigkeit als
125 elementares Grundrecht enthalten. Nur so würde der Freizügigkeit in Europa die
126 Bedeutung zukommen, die sie für jede:n einzelne:n in Europa tatsächlich bereits
127 aktuell hat. Denn unser Europa baut Brücken, keine Grenzzäune. Unser Europa
128 steht für Solidarität und Zusammenarbeit, für gemeinsame Lösungen statt
129 nationaler Alleingänge. Und: Unser Europa darf nicht die wildesten Träume von
130 Faschist:innen und Populisten wahr werden lassen.

Begründung

erfolgt mündlich